

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 157.

Montag, den 8. Juli 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Am Zeichen des Imperialismus.

Der soeben erschienene halbamtliche „Nauticus“, dessen Aufgabe es ist, den imperialistischen Wahnsinn in Deutschland immer mehr zu entfachen und das ehemalige Volk der Dichter und Denker in immer tollere Kriegsrüstungen hineinzutreiben, bringt gleichwohl in seinen Tabellen das wertvollste Material zur Bekämpfung des imperialistischen Rüstungsstauens. So ist z. B. folgende Tabelle sehr interessant:

	Ausgaben 1912 Mf.	Ausgaben 1911 Mf.
England	1 467 682 000	1 452 483 000
Rußland	1 417 634 000	1 285 328 000
Deutschland	1 409 808 000	1 259 029 000
Vereinigte Staaten	1 181 651 000	1 094 020 000
Frankreich	1 075 022 000	1 052 111 000

Diese Zahlen beweisen, daß von den fünf großen Militär- und Flottenmächten, die zurzeit in Betracht kommen, kein Staat seine Rüstungsausgaben in einem solchen Maße vermehrt hat, wie Deutschland. Nicht einmal Rußland, das nach der gänzlichen Vernichtung seiner Kriegsflotte im russisch-japanischen Kriege jetzt verzweifelte Anstrengungen macht, seine Kriegsflotte wiederherzustellen, vermag in der prozentualen Steigerung der Rüstungsausgaben mit Deutschland gleichen Schritt zu halten! Noch viel gewaltiger ist bei allen übrigen Staaten der Abstand, in dem Tempo des Wettlaufens, bei dem Deutschland mit vielen Pferdelängen den Sieg davonträgt.

Aber dies Bild wird für Deutschland noch weit ungünstiger, wenn man die Rüstungsausgaben des Jahres 1912 nicht nur mit denen des Jahres 1911 vergleicht, sondern zum Vergleich bis zu dem Jahre 1900 zurückgeht. Dann zeigt sich (die Zahlen für das im Jahre 1900 entnommen wir dem „Nauticus“ für das Jahr 1909) folgendes interessante Bild:

	1912 Millionen	1900 Millionen
England	1467	1144
Rußland	1417	907
Deutschland	1409	813
Vereinigte Staaten	1181	875
Frankreich	1075	835

Diese Vergleichsziffern beweisen erst recht, daß Deutschlands Rüstungssteigerungen diejenigen aller anderen Staaten in geradezu ungeheurer Weise überholt haben. Während z. B. Frankreich seine Rüstungsausgaben in den letzten zwölf Jahren nur um 240 Millionen, und England nur um 323 Millionen vermehrt hat, hat Deutschland die Kosten seiner Kriegsrüstungen in demselben Zeitraum um 596 Millionen gesteigert! Was um so mehr heißen will, als Deutschlands Rüstungsausgaben im Jahre 1900 niedriger waren als die Frankreichs und Englands. Nicht einmal das westpolitischen Abenteuer größten Stils nachjagende Riesenreich Rußland hat mit Deutschlands Wettläufen gleiches Tempo einzuhalten vermocht.

Ein ganz erheblicher Teil der deutschen Rüstungsausgaben entfällt auf die Flotte. Der „Nauticus“ für 1912 gibt dafür folgende Vergleichsziffern:

	1903 Millionen	1912 Millionen
England	728,4	899,3
Deutschland	212,6	461,9
Verein. Staaten	434,7	529,9
Frankreich	243,7	338,6
Rußland	246,1	349,9

Auch diese Zahlen beweisen wieder, daß keine andere Macht ihre Flotte auch nur in annähernd demselben Tempo verstärkt hat, wie Deutschland. Dabei tritt Deutschlands Rüstungsfieber erst recht hervor, wenn wir auch hier wiederum bis zum Jahre 1900 zurückgehen wollten, wo Deutschlands Ausgaben für die Flotte nach dem „Nauticus“ für 1909 nur 157 Millionen betragen, also nur den dritten Teil dessen, was das deutsche Volk heute für seine „herrliche Kriegsflotte“ ausgegeben hat. Der Erfolg ist denn auch ein derartiger, daß selbst unsere Flottenflotte darauf stolz sein können. Ein Stärkevergleich der acht größten Seemächte nach dem Bestande am 15. Mai 1912 ergibt nach dem „Nauticus“ folgenden Kriegsschiffsbefehl:

	Linien- schiffe			Panzer- kreuzer		
	Bertig	im Bau	Gesamt- Depla- cement	Bertig	im Bau	Gesamt- Depla- cement
England	62	12	1 294 170	39	5	632 640
Vereinigte Staaten	31	6	620 770	15	—	189 540

	Linien- schiffe			Panzer- kreuzer		
	Bertig	im Bau	Gesamt- Depla- cement	Bertig	im Bau	Gesamt- Depla- cement
Deutschland	30	9	655 970	11	4	229 990
Frankreich	22	7	475 750	22	—	214 360
Japan	16	1	278 080	13	4	251 630
Rußland	12	7	317 809	6	—	64 950
Italien	14	7	355 830	10	—	81 120
Österreich- Ungarn	12	4	202 600	3	—	18 870

Danach ist jetzt Deutschland unbestritten nach England die weitaus stärkste Seekriegsmacht. Einzig England besitzt ihm gegenüber noch eine erhebliche Überlegenheit, die aber schon deshalb sehr in Frage steht, weil ja Englands Flotte auf dem ganzen Erdball verteilt ist, während Deutschland in der Lage ist, seine Kriegsschiffe in der Nord- und Ostsee konzentrieren zu können. Frankreich dagegen ist bereits weit in den Hintergrund gestellt. Sein Displacement an Linienschiffen und Panzerkreuzern beläuft sich nur auf 690 000 Tonnen, während das Displacement der deutschen Kriegsschiffe dieser beiden Klassen 885 000 Tonnen beträgt. Dabei war Sirist Wismark noch Ende der achtziger Jahre der Ansicht, daß es ganz ausgeschlossen und auch völlig unmöglich sei, daß Deutschland jemals in bezug auf Flottenstärke Frankreich ebenbürtig werden könne!

Will man aber die Ausgaben, die die einzelnen Großmächte für Rüstungszwecke machen, insbesondere für Marinezwecke, objektiv miteinander vergleichen, so muß man vor allen Dingen in Betracht ziehen, welche dieser verschiedenen Staaten als Kolonialmächte in Betracht kommen. Denn das Flottenrüsteten selbst hat ja vom kapitalistischen Standpunkt aus nur dann einen Sinn, wenn sich die starke Flotte mit dem Hinweis auf den eventuell zu verteidigenden Kolonialbesitz motivieren läßt. Vergleichen wir so die Ausgaben der verschiedenen Mächte mit der Größe der unter Umständen zu verteidigenden Kolonien, so ergibt sich folgendes!

	Ausgaben 1912	Bevölkerung der Kolonien
England	1567,6 Millionen	372,6 Millionen
Rußland	1417,6	60,0
Deutschland	1409,8	12,4
Vereinigte Staaten	1181,6	9,4
Frankreich	1075,0	52,3

Deutschland besitzt also, von Amerika abgesehen, die unbedeutendsten Kolonien, dabei aber die zweitstärkste Flotte. Amerika kann aber schon deshalb nicht in Betracht gezogen werden, weil seine Flottenrüstungen bedingt werden einmal durch den Besitz der Philippinen, wie überhaupt seine gesamten ostasiatischen Interessen, bei denen ein Konflikt mit Japan in ziemlich sicherer Aussicht zu stehen scheint, zum anderen aber durch den Grundsatz der Monroe-Doktrin, den es nur mit Hilfe einer starken Flotte für Süd- und Mittelamerika durchzusetzen hoffen kann.

Deutschlands unglaubliche Rüstungsausgaben möchten aber immer noch verzeihlich sein, wenn nun wenigstens ein Ende des Wettlaufens und ein vernünftiges internationales politisches Verhältnis zu den Nachbarstaaten, insbesondere zu England, zu erwarten wäre. Aber gerade das Gegenteil ist der Fall. Gerade Deutschlands beispiellose Flottenrüstungen verschlechtern ja das Verhältnis zwischen den ihrer Klasse nach so nahe verwandten Nationen Deutschland und England immer mehr, weil England nun einmal glaubt, daß Deutschlands abnormes Wettlaufen nur eine Drohung für Englands weltpolitisches Bestehen bedeuten könne. Und trotz aller Friedensbeteuerungen deutscher Diplomaten (die ja schon durch die infame Englandhege unserer Flottenpatrioten entkräftet werden) kann das Verhältnis zwischen England und Deutschland auch nicht eher ein besseres werden, bis Deutschland in eine Rüstungsverständigung mit England willigt und seine uferlosen Flottenbauten einstellt.

In einem Punkte freilich möchten wir noch das Material des „Nauticus“ von 1912 und 1909 ergänzen. Unsere Flottenflotte und Rüstungsfanatiker begründen ja bekanntlich die angebliche Notwendigkeit für Deutschland, seine Flotte unausgesetzt zu verstärken, damit, daß England Deutschlands industrielle und handelspolitische Expansion nur mit steigendem Ingrimm beobachten könne und daß England eines schönen Tages nach Stibustierart über Deutschlands Handelsflotte herfallen werde, wenn nicht Deutschland mit einer ebenbürtigen Kriegsflotte Englands Aktion abwehren könne. Wir haben immer wieder den Wahnsinn dieser Vorstellung mit dem Hinweis darauf bekämpft, daß in bezug auf die gegenseitigen Handelsbeziehungen England und seine Kolonien

durch Deutschlands Entwicklung nicht etwa benachteiligt, sondern viel eher begünstigt worden seien, daß England also gerade zu merkantilen Selbstmord begehen würde, wenn es Deutschlands weltwirtschaftliche Entwicklung zu beeinträchtigen suche. Zum Beweis für die Richtigkeit unserer Argumentation seien hiermit die zwar nicht im „Nauticus“, aber im „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich“, also einem amtlichen Werke, enthaltenen Zahlen wiedergegeben. Es betrug:

	Ausfuhr nach Deutschland	Einfuhr aus Deutschland
	in Millionen Mark	
Großbritannien	768,6	1162,0
Britisch-Indien	505,0	89,8
Australien	281,7	69,9
Brit.-Westafrika	103,3	15,2
Ägypten	93,6	34,2
Brit.-Südafrika	59,4	54,0
Ceylon	35,4	10,2
Brit.-Amerika	13,2	—
	1782,2	1375,3

Es steht also statistisch fest, daß Deutschland, gerade in Folge seiner wirtschaftlichen Entwicklung der weitaus beste Abnehmer Englands und seiner Kolonien ist, daß die Ausfuhr von England und seinen Kolonien nach Deutschland den Export deutscher Waren nach England und seinen Kolonien noch um fast 400 Millionen Mark übertrifft! Daß unter solchen Umständen England jemals so hirnverbrannt sein könnte, durch eine Schädigung der deutschen volkswirtschaftlichen Entwicklung sich selbst des allerbesten Absatzgebietes zu berauben, kann nur jemand annehmen, der die Engländer für komplette Strijunige hält!

Umgekehrt aber ist auch Deutschlands Ausfuhr nach England und seinen Kolonien eine derart beträchtliche, daß es geradezu als Überwies erscheint, unserer deutschen Kolonialpolitik zuliebe dem deutschen Volke Milliarden Ausgaben zuzumuten, da doch nach dem amtlichen „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich“ die gesamte deutsche Ausfuhr nach unseren amtlichen deutschen Kolonien sich auf höchstens 50 Millionen Mark bezieht. Und den größten Teil dieser Ausfuhr bilden eben die Waren für unsere deutschen Kolonialbeamten und die Transportkosten für die Kolonialbahnen, die für das Geld der deutschen Steuerzahler in unseren Kolonien gebaut werden!

All diese Tatsachen würden unserem Rüstungswahnsinn und unserem imperialistischen Roller die tödlichsten Schläge versetzen, wenn nicht auch auf diesem Gebiete die Interessen des Volkes von denen unserer Kolonial- und Flottenflotte grundverschieden wären! Der Ruin des Volkes bedeutet ja auch hier die Mästung und Privilegierung einer kleinen herrschenden Minderheit! Der Kampf gegen den imperialistischen Wahnsinn ist deshalb gleichbedeutend mit dem Kampf gegen die kapitalistische Klassenherrschaft!

Politische Rundschau

Deutschland.

Streit über den agrarischen Charakter der Nationalliberalen.

Freiherr v. Heyl hat vor den Vertrauensmännern seines Wahlkreises eine Rede gehalten, in der er Vorwürfe gegen die Gründer des liberalen Bauernbundes erhebt und die Nationalliberalen tadelt, weil sie ihm nicht agrarisch genug sind. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ antwortet darauf in einer Notiz „zur Abwehr“:

„Er (Heyl) nimmt Bezug auf die Gründung des Bauernbundes, über die er genau orientiert zu sein behauptet. Wenn das der Fall wäre, könnte er aber nicht folgenden Satz aussprechen: „Nun sind aber unsere Parteifreunde in Hannover immer auf der Seite derjenigen gewesen, die die Getreidezölle ermäßigen wollten.“ Das ist bekanntlich unzutreffend. Unsere nationalliberalen Freunde in Hannover setzen auf dem Boden der Agrarzölle von 1902, und sie haben höchstens, in Übereinstimmung auch mit vielen bündlerischen Landwirten, im Interesse der hannoverschen Viehzucht die Ermäßigung des Zolles für die Futtermittel angestrebt. Herr v. Heyl muß vielmehr wissen, daß der Kampf der Nationalliberalen in Hannover gegen den Bund der Landwirte zurückzuführen ist auf die verheerende Agitation des Direktors des Bundes der Landwirte, der sich als geschworener Feind der nationalliberalen Partei gebärde, und dessen ganzes Streben dahin geht, der nationalliberalen Partei in Hannover den Boden zu entziehen. Wenn der Abgeordnete Freiherr v. Heyl über diese ihm doch zweifel-

ohne bekannten Vorgänge mit Stillschweigen hinweggeht, um den Bund der Landwirte in Hannover in Schutz zu nehmen, so läßt sich das schwer damit vereinigen, daß er noch heute als nationalliberaler Mann angesehen werden will."

Die "Nationalliberale Korrespondenz" hat recht, wenn sie grob wird und Herrn Hehl sehr hörbar den Stuhl vor die Türe setzt, denn in agrarischer Zolltreiberei können sich die Nationalliberalen ruhig mit den Bündlern messen.

Hertling und die Erbschaftsteuer.

Nach einer Mitteilung der "Berliner Morgenpost" soll die kürzlich gemeldete Äußerung des Freiherrn v. Hertling, die bayrische Regierung werde evtl. einer Erbschaftsteuer zustimmen, sich auf die Erbschaftsteuer vom Jahre 1909 bezogen haben. Ein Beschluß darüber, ob die bayrische Regierung einem anderen Erbschaftsteuervorschlag, der vielleicht im Herbst vorgelegt werde, zustimmen könne, sei noch nicht gefaßt. Jedenfalls aber lasse sich Hertling auf seine Äußerung über die frühere Erbschaftsteuer nicht festlegen.

Strafmilderung auch in Baden.

Wie in anderen Bundesstaaten ist jetzt auch vom badischen Justizministerium Anweisung ergangen, die Strafvollstreckung in den Fällen zu unterbrechen, die nach der neuen Strafgesetznovelle milder zu beurteilen sind. Die Amtsgerichte haben bis 20. Juli, die Landgerichte bis 1. August diese Fälle nachzuprüfen und soll dann eine entsprechende Milderung oder völliger Erlass der Strafe eintreten.

Die Streichhölzer werden teurer!

Selten wohl hat eine Steuer so rasch zum Ruin einer Industrie geführt, wie die Streichholzsteuer. Mit Einführung dieser Steuer ging der Verbrauch rapid zurück; der Rückgang wurde noch beschleunigt durch die mechanischen Feuerzeuge, die in Massen auf den Markt geworfen wurden. Das alte Prinzip: Stein, Stahl und Zündschwamm kam rasch wieder zu Ehren. Die deutschen Zündholzfabriken haben nun beschlossen, eine Erhöhung der Verkaufspreise eintreten zu lassen, was natürlich auch eine Verteuerung im Kleinhandel zeitigen und damit einen weiteren Rückgang des Verbrauchs herbeiführen muß. Die Zündholzfabrikanten verlangen immer dringender eine Besteuerung der mechanischen Feuerzeuge, und das Reichsschatzamt ist anscheinend nicht abgeneigt, diesen Wünschen Rechnung zu tragen. Daß damit der Ruin der Zündholzindustrie aufzuhalten wäre, ist freilich nicht anzunehmen.

Lebensmittelsteuerung und Einfuhrscheine.

Die Handelskammer in Wiesbaden hat an den deutschen Handelskongress eine Eingabe gerichtet, in der sie auf die steigende Knappheit an Brotfrucht hinweist. In der Eingabe wird dann ausgeführt:

"Eine ganz erhebliche Verschärfung hat diese mißliche Lage noch durch die seitens der Türkei erfolgte Sperrung der Dardanellen erfahren. Denn infolge dessen ist der rechtzeitige Bezug von Getreide aus Südrussland und den Donauländern sehr in Frage gestellt, ja geradezu unmöglich gemacht. Zudem benutzen die russischen Verkäufer diese Gelegenheit, um die mit deutschen Händlern geschlossenen Verträge über Getreide für aufgelöst zu erklären. Wenn nun auch die Dardanellenperre jetzt aufgehoben ist, so kann doch eine erneute Schließung stattfinden, da die Türkei sich das Recht dazu vorbehalten hat."

Die Kammer wendet sich dann dem System der Einfuhrscheine zu. Seit dem letzten Herbst ist die Gültigkeitsdauer der Einfuhrscheine von sechs auf drei Monate herabgesetzt worden, außerdem darf der Zoll für Kaffee und Petroleum nicht mehr mit Einfuhrscheinen beglichen werden. Diese Maßnahme hat sich aber als völlig unzureichend erwiesen und die Wiesbadener Handelskammer verlangt nun, daß die Einfuhrscheine für Brotgetreide auch nur für Brotgetreide Verwendung finden dürfen. Gleichzeitig wird verlangt, daß der Notstandstarif für Hülsenfrüchte auch auf Brotgetreide ausgedehnt wird.

Erfolg wird die Handelskammer mit diesen vernünftigen Forderungen freilich kaum haben; die Minister sind auf Reisen, die Parlamente sind verlagert, und im Spätherbst werden dann bestenfalls — Erhebungen zugelegt.

Eine Kulturdebatte im bayerischen Landtage.

Am Donnerstag unterstützte das Zentrum die Weigerung der Regierung, eine Notstandsaktion zugunsten der Landwirte einzuleiten, die bei Gehältern bis zu 1000 Mk. herunter steigender Not und Erbitterung verfallen. Freitag lehnte das Zentrum in der Abgeordnetenkammer einen Antrag ab, zur Bekämpfung der Schuldenliteratur staatliche Mittel für Schul- und Volksbibliotheken zur Verfügung zu stellen. Als Grund gab das Zentrum an, daß es nur rein konfessionelle Bibliotheken dulden und fördern will. Auf die üblichen klerikalen Reden über Unwissenheit und Irreligiosität antworteten ein sozialdemokratischer und ein liberaler Redner mit einer Fülle von Proben aus der klerikalen Schuldenliteratur. Sie wiesen nach, wie knapptlos katholische Berleger die schmutzigsten und wüsten Schriften verbreiten, die den Aberglauben fördern und von Aufstand und Lüge strotzen und oft geradezu gemeingefährlich wirken.

Die bewegte Debatte erreichte ihren Höhepunkt, als Genosse Edward Schmid zur Kennzeichnung der klerikalen Heuschrecke auf den Tisch des Hauses ein unglücklich geworfenes Schindluder niederlegte, das in der Münchener Eisenbahndirektion auf gefälschtem staatlichem Papier in der Danksagung auf Veranlassung von führenden Personen des klerikalen Eisenbahner-Verbandes gedruckt und unter die Mitglieder verbreitet worden ist. Das Zentrum geriet in eine heftige Aufregung bei dieser Enttarnung klerikaler Erziehungswirksamkeit.

Schulzölle sind Prämissen auf die Trägheit und Dummheit.

Nicht ganz so groß, aber ungefahr in diesem Sinne, was der preussische Handelsminister v. Sydow die Wünsche der holländischen Industriellen zurück. Gelegentlich einer Besichtigung im Reichstag haben ihm die In-

dustriellen ein Festmahl, auf dem Sydow die ihm vorgebrachten Wünsche also beantwortete:

"Ich habe auf meiner Reise durch deutsche Industriestädte die Wünsche von zahlreichen Industriellen entgegengenommen und dabei erfahren, daß es zumeist Wünsche auf handelspolitischem Gebiete waren, und daß dabei diese Wünsche fast immer darauf hinausgingen, daß die Zölle auf die Einfuhr der Erzeugnisse der Konkurrenz möglichst hoch und die Zölle für die Ausfuhr der heimischen Erzeugnisse ins Ausland möglichst niedrig sein möchten. (Heiterkeit.) Ich bin überzeugt, daß, wenn ein Minister eines anderen, mit Deutschland konkurrierenden Staates eine Reise in die Industriegebiete macht, ihm dieselben Wünsche, nur in umgekehrter Art, vorgebracht werden. (Heiterkeit.) Ich verkenne gar nicht, welchen großen Einfluß diese Dinge auf das Fortschreiten oder die Hebung der gewerblichen Arbeiten haben, aber ich habe auch die Erfahrung gemacht, daß die Tüchtigkeit der leitenden Männer und die Fähigkeit, die neuesten wissenschaftlichen und technischen Erfahrungen sich zunutze zu machen, vor allen Dingen eine Industrie vorwärts treiben und ihre Existenz in Deutschland sichern."

Aus dieser Ansicht sollte Herr Sydow seine Konsequenzen ziehen und für einen Bruch mit der Schutzpolitik eintreten. Mit Redensarten ist hier nichts getan!

Parlamentarier und Wanderverbrenner.

Wie ein Berliner Mittagsblatt erzählt, hat das Kriegsministerium die Abgeordneten Gans zu Putlig und Erzberger zur Teilnahme am Kaisermandat eingeladen. Diese beiden Abgeordneten hatten bei der Beratung des Militäretats in der Budgetkommission das Kaiserat resp. Korreferat. Während der Kaisermandat soll ihnen ein Armeemobil zur Verfügung gestellt und ihnen außerdem ein Generalstabsoffizier als Begleiter beigegeben werden.

Reichstagsarbeiten.

Wie die "Tägliche Rundschau" hört, werden dem Reichstag im Herbst Gesetzentwürfe zugehen über die Konkurrenzklause; über die Haftung der Eisenbahnen für Sachschäden und über die Regelung des Luftschifferrechts. Außerdem soll ein Gesetzentwurf in Vorbereitung sein, durch den die Dienst- und Arbeitsverhältnisse der Rechtsanwaltsangehörigen geregelt werden.

"Wasche den Pelz, doch mach' ihn nicht naß."

Von diesem Grundsatz lassen sich offenbar jene amtlichen Stellen leiten, die mit der Aufgabe betraut sind, die neue Kabinettsordre über den Zweikampf auszuarbeiten. Wie nämlich verlautet, soll die ganze Reform darin bestehen, daß Zweikämpfe künstlich grundfänglich erst nach Abschluß eines förmlichen ehrengerichtlichen Verfahrens ausgetragen werden dürfen.

Das Prinzip des Zweikampfes, jener flagranten Gesetzesverletzung, bleibt also bestehen, nur sollen die gebildeten Kaufleute ihre Absicht, das Gesetz zu verletzen, stets erst einem Ehrenrat unterbreiten. Die Mehrheit des Reichstages hat sich gegen das Quell ausgesprochen, die Aufrechterhaltung und Befestigung der Quellenspitze bedeutet demnach geradezu eine Verhöhnung des Reichstages.

Nicht Verminderung, sondern Verstärkung der deutschen Truppen in China.

Vor einigen Tagen wurde halbamtlich gemeldet, die deutsche Regierung könne wegen der zurzeit unsicheren politischen Verhältnisse in China vorläufig nicht daran denken, dem Wunsche des Reichstages entsprechend das verstärkte Truppenelement in Tsingtau zu vermindern. Jetzt geht dem "Hannoverschen Courier" aus Wilhelmshaven unter dem 4. Juli folgende aufsehenerregende Meldung zu:

"Eine erhebliche Verstärkung der Garnison Tsingtau durch Marine-Infanterie ist mit Rücksicht auf die unsicheren Verhältnisse in China geplant. Die Vorbereitungen für die Entsendung der Verstärkung, die, wie verlautet, schon in nächster Woche die Abreise des mit der Überführung des Transports beauftragten Dampfers soll von Bremerhaven aus erfolgen."

Da der "Hannoversche Courier" über Marineangelegenheiten in der Regel gut orientiert wird, so erscheint eine offizielle Aufklärung über die Gründe, die die Regierung veranlassen, sich dermaßen über den Reichstag hinwegzusetzen, dringend notwendig.

Stamme Volksvertreter.

Viele Wähler sind der Ansicht, daß reduziertere Talente eine der ersten Bedingungen für die Qualifikation als Reichstagsabgeordneter sei. Dem — meinen sie — der Herr Abgeordnete müsse doch die Interessen seiner Wähler gegenüber den Regierungsvorlagen vertreten und alle Angriffe auf Volksrechte in stammender Rede zurückweisen. Daß dem nicht so ist, beweisen einige konservative und Zentrumsabgeordnete, die es fertig bekommen haben, sich viele Jahre lang in allen Sonarien auszusprechen. Es sind dies die drei konservativen Abgeordneten Will (Stolz-Lauenburg), Köhler (Oblau-Kumpfsch-Strehlen), die dem Reichstage seit 1893 angehören, aber in dieser langen Zeit von neun Jahren noch niemals gesprochen haben, und v. Bonin, der Mitglied des Reichstages seit 1898 für Neustettin ist, ferner der liberal-konservative Abg. Witt für Marienwerder und die beiden Zentrumsabgeordneten Stam in für Lohr und Hubrich für Falkenberg-Großhau, von denen der letztere seit 1893 als Volksvertreter stumm sein Mandat ausübt.

Oftener halben die Herren dem Grundsatz: Reden ist Gold, Schweigen bringt Gold! Denn sie alle haben bei dem Attentat auf die Lässen des Volkes, genannt Finanzreform vom Jahre 1909, für die erhöhte Steuerbelastung gestimmt.

Frankreich.

Die Dummheitssteuer. Im französischen Senat empfahl am Donnerstag der Senator Empereur, das Glücksspiel zu einem Staatsmonopol zu machen, und teilte bei dieser Gelegenheit bemerkenswerte Ziffern über das Glücksspiel in Frankreich mit. Zurzeit bestehen gegen 4600 Klubs und Casinos und haben 1911 ihren Besitzern 47 Millionen eingebracht, von denen der Staat nur eine Abgabe von 15 v. H. erhält, also etwas über 7 Millionen für seinen Teil. In England gab man an den Spieltischen 1911 9 900 000 Fr. aus, im Nizzaer städtischen Kasino 8 Millionen, in Altes Bains 1 418 000 Fr. Der Pächter des Nizzaer Casinos, der sein Geschäft nur ganz klein begann, besitzt jetzt 20 Millionen. Zwei Brüder, die verschiedene Casinos gepachtet haben und ursprünglich Koch und Rutscher waren, haben heute 30 Millionen. Ein ehemaliger Raffeehauskellner verdient in Biarritz jährlich 2 Millionen. Viele dieser Pächter sind abgestrafte Verbrecher und fahren auch noch in ihrer gegenwärtigen Beschäftigung fort, die Spieler zu betrügen. Man mag jedoch nicht, gegen sie einzuschreiten, weil sie durch ihren Reichtum und ihre Verbindungen allzu mächtig sind. Der Senator glaubt, daß der Staat sich nichts vergeben würde, wenn er alle Kasino-spieltische durch einen Vertreter des Finanzministeriums und einen ebensolchen der betreffenden Gemeinden betreiben lassen würde. Senator Empereur hätte, um allenfallsige moralische Bedenken zum Schweigen zu bringen, sich auch auf das Vorbild der moralischen deutschen Staaten berufen können. Dort ist das gewerbmäßige Glücksspiel von Privaten unter Strafe gestellt; der Staat selbst aber betreibt es in der außerordentlich profitlichen Form der Lotterie.

Portugal.

Konterrevolutionäre Unruhen. In der Nähe von Tase (Distrikt Braga) ist es in den ländlichen Ortschaften Moreira, Veret und Vinho zu monarchistischen Unruhen gekommen. Es wurde Sturm geläutet. Truppen und Maschinengewehre gingen in einem Sonderzuge von Oporto ab; sie machten aber unterwegs wieder Halt, da die Unruhen bereits unterdrückt waren. Es scheint, daß die Bewegung sich auch auf andere Ortschaften im Norden erstreckt. Es werden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Norwegen.

Der Fluch des Betrübten. Das Storking bewilligte Sonnabend in Übereinstimmung mit dem Antrage der Militär- und Budgetkommission 15 Millionen Kronen für den Bau zweier Panzerschiffe, 900 000 Kronen für die Befestigung der Lofoten, 600 000 Kronen für Britantgranaten, eine Million für Torpedos und 1 200 000 Kronen für Unterseeboote.

Aus Lübeck und Umgebungen.

Montag, den 8. Juli.

Achtung Ausflügler! In diesem Sommer wird Travemünde sicherlich wieder das Ziel mancher Parteigenossen sein. Und wenn dann einmal zu kurzer Rast Einkehr gehalten wird, dann sollten unsere Genossen nur diejenigen Wirtschaften aufsuchen, in denen der Wirt durch ein Abonnement des "Lüb. Volksboten" beweist, daß ihm auch Arbeiter als Gäste willkommen sind. In Travemünde liegt unser Parteiblatt nur in folgenden Wirtschaften aus: Dorfmann und, Dorfstraße, Krellenberg, Vorderreihe und Wegner, Kurgartenstraße.

Liberales. Unsere Leser werden aus dem Berichte über die letzte Bürgerchaftssitzung erfahren haben, daß die liberalen Bürgerchaftsmitglieder, die bei Reichstags- und Bürgerchaftswahlen um die Stimmen der Straßenbahner und Arbeiter bühnen, kein Wort der Kritik an das ungeschickte koalitionsfeindliche Verhalten der Straßenbahnbehörde knüpften. Bei solchen Gelegenheiten merkt man nichts von der Arbeiterfreundlichkeit jener Herren. Auch die Lübecker liberale Presse fand, wie wir schon betonten, kein Wort der Kritik, im Gegenteil: sie verteidigte noch das Verhalten des Senats und bewies damit wieder einmal ihre direkt arbeiterfeindliche Haltung. So etwas brauchen wir in Lübeck, weil allgemein bekannt, nicht mehr zu registrieren. Wenn wir aber trotzdem auf diese Sache noch einmal zu sprechen kommen, dann deshalb, um unseren Lesern an der Hand einer Auslassung einer liberalen Zeitung zu zeigen, wessen solche Blätter fähig sind. Die liberale "Kostoder Btg." schreibt zu dem Verhalten des Senats in der Straßenbahnanangelegenheit:

"Seltig wird von sozialdemokratischer Seite diese Maßregel bekämpft, wirksam aber vom wirtschaftlichen und vom juristischen Standpunkte aus vom Senate gerechtfertigt. Ertere möchten hier gar zu gerne einmal den Bremer Straßenbahnerstreik kopieren, selbst ein Boykott der Straßenbahn durch die Arbeiter ist schon angeordnet worden, um den Straßenbahnern das Recht der Koalition zu erkämpfen, aber bisher vergebens. Auch gestern blühe sie gründlich ab. ... Daß der juristische Standpunkt des Senats gerechtfertigt ist, wie das Blatt hier behauptet, wird selbst von Lübecker Juristen stark bezweifelt. Hier wäre also der liberalen Presse etwas mehr Mäßigung anzuraten; sie könnte sonst in Gemeinschaft mit dem Senat einen bösen Reinsfall erleben. Doch das ist ihre Sache. Für uns kommt es darauf an, zu zeigen, mit welchen Mitteln die liberale Presse arbeitet. Es soll in Lübeck schon ein Boykott der Straßenbahn durch die Arbeiter angeregt worden sein! So etwas glaubt der Schreiber jener Zeilen ja selbst nicht. Trotzdem aber behauptet er es mit fühner Stirn, lediglich um seinen schmutzigen Zweck zu erreichen. Fürwahr, die Liberalen können "stolz" sein auf ihre Presse!"

Zur Landung des Zepplinschiffes "Victoria Luise". Am kommenden Dienstag werden wir gebeten, besonders darauf hinzuweisen, daß der Aufenthalt des Luftkreuzers auf dem Landungsplatz des Lübecker Vereins für Luftfahrt an der Fraaelsdorfer Allee bei günstigen Witterungsverhältnissen bis nach 12 Uhr ausgedehnt werden soll, um auch den vielen Angehörigen Gelegenheit zu geben, das Luftschiff in der Mittagsstunde zu besichtigen. Nichtsdestoweniger sei aber an die Herren Geschäftsinhaber die höfliche Bitte gerichtet, ihren Angestellten schon am Vormittage ein paar Stunden freie Zeit zu geben, damit sie einer der hochinteressanten Landungen und einem Wiederaufstiege beiwohnen können. Die Dispensierung kann sehr gut umschichtig erfolgen, da die erste Landung für die Zeit zwischen 9 und 9 1/2 Uhr und die zweite bald nach 11 Uhr vorgesehen ist. — Es herrscht übrigens teilweise die irrige Ansicht, das Luftschiff würde während der einständigen Rundfahrt nur oberhalb der Stadt und deren Vorstädte kreuzen. Das ist nicht der Fall, vielmehr wird die "Victoria Luise" die umliegenden Ortschaften aufsuchen und zwar der Windrichtung entsprechend, entweder die holländischen materlich gelegenen

Achtung!
Steinsetzer u. Berufsgen.
Versammlung

am Dienstag, dem 9. Juli
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tagesordnung u. a.:
Die Verschmelzungsfrage.
Referent: Gauleiter Wiele
oder im Verhinderungsfalle
2. Zentralvorsitzender W. Wagner.
Zahlreiches Erscheinen dringend
erforderlich.
1889) **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Verein
für Stockelsdorf und Umg.

General-Versammlung
am Dienstag, dem 9. Juli
abends 8 1/2 Uhr
im Lokale des Herrn Paetau
in Fackenburg.

Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen und Genossin zu erscheinen, da der Jahresbericht gegeben wird.
1841) **Der Vorstand.**

„Bilder aus Lübecks Vergangenheit“

Zusammengestellt von

Theodor Schwartz.

Aus dem Inhalt des 639 Seiten umfassenden Werkes heben wir das Nachstehende hervor:

Das „wendische“ („Alt“)-Lübeck an der Schwartau. — Das „welfische“ Lübeck. — Das „kaiserliche“ Lübeck. — Das „reichsfreie“ Lübeck. — Das „hansische“ Lübeck. — Die ersten bürgerlichen Unruhen in Lübeck. — Der grosse nordische Krieg. — Jürgen Wullenwever. — Lübecks letzter hansischer Krieg. — Die Reiser'schen Unruhen. — Der grosse Bürger-Rezess von 1669. — Gotteslästerungs- und Hexenprozesse in Lübeck. — Die Lübeckischen Zünfte. — Die Gesellenverbände in Lübeck. — Lübeckische Sagen und Volkspoesien. — Das kaiserlich-französische Lübeck. — Nach der Restauration. — Ueber die Zustände der inneren Stadt im vierzehnten, sechzehnten und achtzehnten Jahrhundert nebst einer Schilderung des Stadtbildes am Ende des achtzehnten Jahrhunderts.

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstr. 46. Buchdruckerei und Verlag des „Lübecker Volksbote“. Johannisstr. 46.

Neue Subskriptions = Eröffnung

Unsere Abonnenten erhalten ein weltberühmtes Buch für nur 25 Pfennig

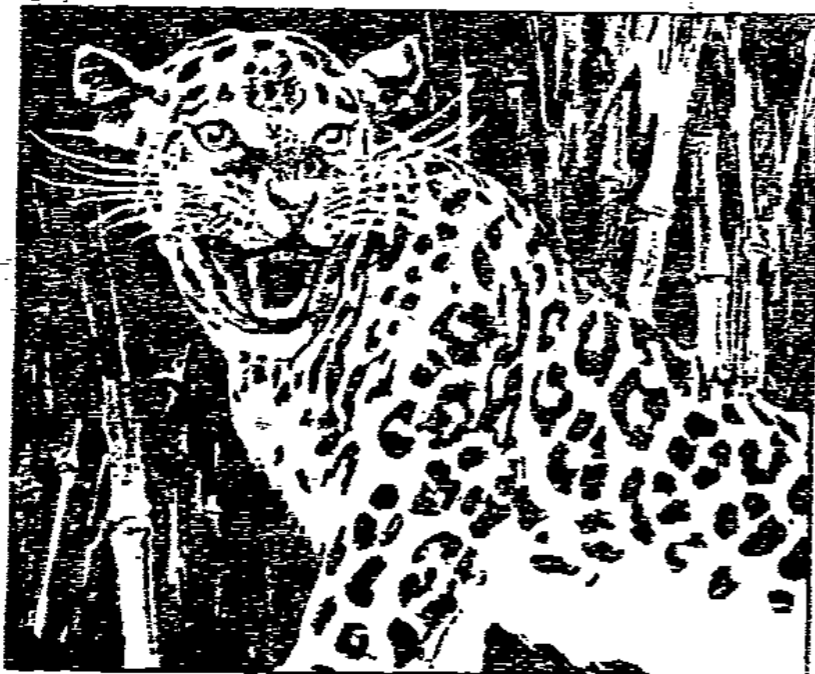
pro Woche in Lieferungen erscheinend und zwar die hochinteressanten Ergebnisse und Erörterungen:

Carl Sagenbeck Von Tieren und Menschen

Wir bieten hierdurch unsern Lesern den Vorteil, dieses merkwürdige Werk mit 134 zum Teil farbigen Bildern, das den Inhalt jeder Sibyllenart, einen Hausbuch für die ganze Familie bildet, das für Alt und Jung interessant und lehrreich ist, ohne Verdünnung in

Raten v. wöchentlich 25 Pf. zu beziehen.

Hier liegt ein Buch vor, wie kein weiteres bisher geschrieben wurde, noch jemals geschrieben werden kann, ein Buch, das jeder sich anschaffen sollte.



„Ein Volksbuch im besten Sinne“

ist Carl Sagenbecks Werk mit Recht genannt worden. Es hat den ungeheuren Erfolg, den es erzielte, auch verdient. Ein Mensch erzählt darin seine Erlebnisse u. Erfahrungen, der auf der ganzen Erde heimisch ist, dessen Interesse sich auf alle Arten von Tieren und Menschen richtet, der Weltreisender, Tierzüchter und Kaufmann in einer Person ist. Und er berichtet, seine Erlebnisse so interessant u. spannend zu schildern, wie der beste Roman es kaum vermag.

Carl Sagenbeck hat über 1500 mal bei den Tieren die feinsten eingehendsten Bilder erhalten aus fremden Ländern, diese Sagenbecks die Tieren und Menschen des großen Reichthums der Welt durchreisen, das fast sämtliche zoologischen Gärten ihre Schätze verborgen. Sagenbeck bekam sich die erhabenen Erfolge Sagenbecks der Kinderwelt, die Eltern, Tanten, Mütter und Vater wägen über in frühlichen Stunden zu lesen. Carl Sagenbecks Erfahrungen sind

80000 Exemplare bereits verkauft

die interessanteste Veröffentlichung, die in den letzten Jahren erschienen ist.

Carl Sagenbecks Erlebnisse und Erfahrungen sind aber mehr als eine Reihe von Reiseberichten und uninteressant anschaulich geschilderter Erzählungen. Das Buch gibt vor allem den Lebensgang eines Mannes wieder, der aus kleinen Anfängen ein Weltmann geworden ist, und enthält eine Fülle belehrender, interessanter, spannender und höchst lehrreicher Erfahrungen. Das Buch ist die reise Sagenbeck bekannt gemacht hat, das Buch, wie es sich besser nicht denken lässt.

Das Buch ist auch in einem Bande zum Preise von **M. 6.—** zu beziehen von der Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co., Lübeck.**

Bestellstellen
an die Buchhandlung Fr. Meyer & Co.
Unterzeichneter... bestellt überdurch
Carl Sagenbeck, Von Tieren und Menschen
Broschur in 21 Lieferungen à 25 Pf. = 5,25 M.
nebst einer Einbandkarte für 75 Pf.
zusammen ist eine Lieferung annehmlich.
Preisliste, Komplet in 1 Band für 20 M. 6.—
(Abgabetermin ist zu berücksichtigen.)
Pfeils und Stand:
Genaue Abbildung



Aerztlich empfohlene Nahrung für gesunde & magen- und darmkranke Säuglinge, ältere Kinder und Erwachsene

Zu haben in Apotheken und Drogerien.

(322)

Zeppelin-Luftschiff Viktoria Luise

Morgen Dienstag vormittag

Erste Landung voraussichtlich zwischen 9 und 9 1/2 Uhr.
Erster Wiederaufstieg 10 Uhr.
Zweite Landung 11 Uhr.
1885) Zweiter Wiederaufstieg zwischen 11 und 1 Uhr.

Von 9 Uhr ab: Konzert der Regimentskapelle

Deutscher Holzarbeiterverband

Zahlstelle Lübeck.

General-Versammlung

am Dienstag, d. 9. Juli, abends 8 1/4 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

1. Abrechnung und Bericht vom 2. Quartal.
2. Neuwahl sämtlicher Bezirkskassierer.
3. Bericht vom Verbandstage in Berlin.
4. Verschiedenes.

1840)

Die Ortsverwaltung.

Achtung!

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Mitglieder - Versammlung

am Mittwoch, d. 10. Juli, abends 8 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52

Zahlstelle Schlutup

Mittwoch, d. 10. Juli, abends 6 1/2 Uhr bei Herrn Saborowski.

Tages-Ordnung:

1. Erhebung eines Extrabeitrages und Einführung von Winterbeiträgen für die Lokalkasse.
2. Verschiedenes.

Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist notwendig.

NB. Zu dieser Versammlung sind die Kollegen, welche in anderen Zweigvereinen organisiert und hier beschäftigt sind, eingeladen.

1837)

Der Zweigvereinsvorstand.

Für unsere Leser!

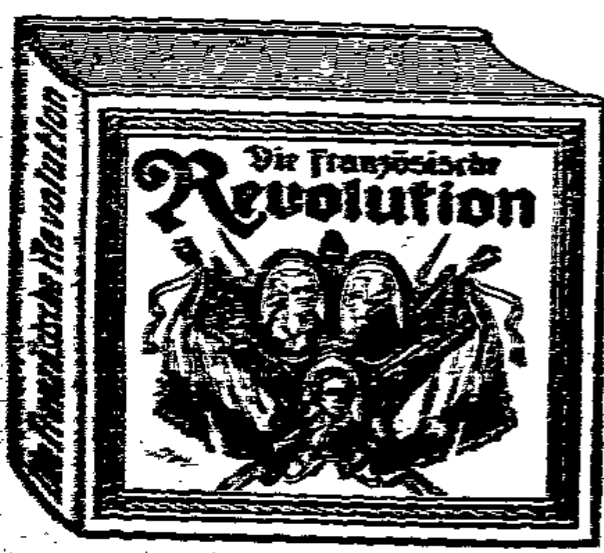
Ein hochinteressantes Originalwerk
Die französische Revolution
in Wort und Bild.

Geschenkband, elegant gebunden, auf Kunstdruckpapier gedruckt, ca. 250 Original-Bilder mit erläuterndem Text
bieten wir unseren Lesern

zum Ausnahmepreis von **3.— Mk.** an.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.



Unternehmer, agitiert für die christlichen Gewerkschaften!

Das ist der Ruf, der jetzt seitens der christlichen Gewerkschaften mehr und mehr an die Unternehmer ergeht. So will es mit den christlichen Gewerkschaften nicht mehr vorwärts gehen! Die Arbeiter wenden sich wegen der vollbrachten Streikbrüche vielfach von diesen Organisationen ab, die Lücken müssen um jeden Preis ausgefüllt werden. Sonst kann es passieren, daß die hohen Gönner der christlichen Gewerkschaften diesen ihre Unterstützung und ihr Vertrauen entziehen. Was sollen ihnen Organisationen, die ihre Aufgabe, die Aktionskraft der deutschen Arbeiterklasse zu lähmen, nicht vollbringen können. Man würde die Gunst den gelben Gewerkschaften allein zuwenden und dann — wohin mit dem Heerbann der christlichen Gewerkschaften? Das ist die bange Frage, die zurzeit den christlichen Gewerkschaftsführern auf den Lippen liegt. Die Führer müssen zugeben, daß die christlichen Gewerkschaften stagnieren. Sie melden schon lange keinen Wachstum ihrer Organisationen mehr an. Hingru kommt, daß die Gelben ihnen viel Kopfschmerzen bereiten und der tobende Streit im katholischen Gewerkschaftslager nicht minder. Und dann gibt es doch auch christlich organisierte Arbeiter, die ernsthafte Gewerkschaftstätigkeit von ihren Organisationen verlangen, die selbst vor Streiks nicht zurückweichen. Das ist für die christlichen Heerführer ganz gewiß eine Situation zum Blutschwitzen.

Aber die christlichen Führer müßten nicht die Schule von M.-Glabach absolviert haben, um nicht zu probieren, wie sie in allen Sätteln fertig werden. Jedem das Seine! Den Mitgliedern gleichende Worte und schöne Versprechungen, hier und dort auch noch ein kleines Streikchen, den Kirchenoberen sagen sie, daß sie als treue Christen an den „gottgewollten Abhängigkeiten“ nicht rütteln wollten. Sie seien sich den Grundfragen, wie sie in päpstlichen Enzykliken und Hirtenbriefen für die Arbeiterklasse offenbart worden sind, sehr wohl bewußt. Nur Gnade, man werde alles tun, um diesen gegebenen Grundätzen gerecht zu werden. Aber auf einmal geht das so nicht. Also Geduld, Ihr Kirchenoberen! Seht ihr nicht, wie die christlichen Gewerkschaften mehr und mehr dazu übergehen, sich zu den alten Leitsätzen zurückzuzuwenden, die ihnen bei ihrer Gründung vorgeschrieben waren. Nichtkampfvereine wollen sie wieder werden, und wo der Kampf das Element christlicher Gewerkschaften sein soll, wird er sich gegen die ernsthaft vorwärtsstrebenden Arbeiter richten. Nur Gnade! Die Kirchenoberen müssen doch einsehen, daß 300 000 organisierte Arbeiter in christlichen Gewerkschaften entschieden etwas im Kampfe gegen den Sozialismus bedeuten. Scharfmacher, Behörden und Regierung haben ihre Hoffnung nach auf diese Truppe gespannt, also liegt auch für die Kirchenfürsten keine Ursache vor, die Hoffnung, daß sich die christlichen Gewerkschaften doch noch im Kampf gegen den Sozialismus bewähren werden, fahren zu lassen. Im Gegenteil, man helfe der christlichen Gewerkschaftsbewegung vorwärts, dann wird sie Kirche und alle, die ein Interesse an der wirtschaftlichen und politischen Ohnmacht der Arbeiterklasse haben, schon besiedeln. Es ist doch rätselhaft, wie Rom an der Mission der christlichen Gewerkschaften zweifeln kann. Aber das kann wieder anders werden, an den christlichen Heerführern wird es nicht liegen, den Wünschen

der Reaktionäre, Dunkelmänner und der Arbeiterfeinde überhaupt gerecht zu werden.

Wie weit es mit den christlichen Gewerkschaften gekommen ist, dafür gibt der „Grundstein“ in seiner letzten Nummer ein eklatantes Beispiel. Ihm wird aus Baugen geschrieben:

„Nachdem sich einige christliche nationale Arbeitervertreter Monate hindurch die vergeblichste Mühe gegeben hatten, die christlich-nationalen Organisationen etwas vorwärts zu bringen, wandte man sich schließlich an die Geistlichkeit um Hilfe. Der geistliche Leiter des evangelischen Jünglingsvereins, der als Sozialistenfeind bekannte Pastor Berg, gestattete dem christlichen Sekretär Vogt aus Dresden, dort einen Vortrag zu halten über: „Was lehrt uns der Bergarbeiterstreik?“ Ganze zwölf Männlein sollen ihm zugehört haben. Das war nichts und man kann auf andere Mittel. Wie diese beschaffen waren, zeigt folgende vertrauliche Einladung, die ein Arbeitgeber, der nichts damit anzufangen mußte, verächtlich fortwarf: Vertraulich! Baugen, den 11. Juni 1912.

Mittwoch, den 19. ds. Mts., nachmittags 4 Uhr

Versammlung

im Hotel „Weißes Roß“ in Baugen.
Die Lage der christlich-nationalen Arbeiter und ihre Stellung in Werkstatt und Fabrik unter dem ständigen Druck der stark gewordenen sozialdemokratischen Bewegung ist so bedroht, daß zu ihrem Schutz weitere Kreise angerufen werden müssen. Es handelt sich bei den Vorgängen innerhalb des Arbeiterstandes, als des stärksten im deutschen Volke, um die zukünftige Gestaltung des Wirtschaftslebens. Wir sind gewiß, daß auch Sie einen weiten Blick und ein warmes Herz für diese Fragen haben und bitten Sie ergebenst, in obengenannter Versammlung erscheinen zu wollen.

Tagesordnung. 1. Vortrag: Die Vorgänge in der deutschen Arbeiterbewegung und der Schutz der christlich-nationalen Arbeiterschaft. 2. Aussprache.

Hochachtungsvoll:

Pastor Berg, R. Klemm, Hauptmann a. D.
Der Arbeitgeber, der diese vertrauliche Einladung ergab, hatte wahrscheinlich gedacht: Was haben Pastor Berg und Hauptmann a. D. mit christlich-nationalen Arbeitern gemein? Das ist Widerspruch, das kann nur ein Scherz sein. Aber es war kein Scherz. Die Arbeitgeber aller Berufe haben solche Einladungen erhalten und wir glaubten, nichts Besseres tun zu können, als mit unserer Einladung auch jemand hinzuschicken. Pastor Berg begrüßte dort die höchstens 50 Männlein, die zur Vorfrist in eine Anwesenheitsliste eingetragen waren. Die meisten waren aus der Umgegend von Baugen, die Baugener selbst glänzten durch Abwesenheit. Den Vortrag hielt der christlich-nationale Sekretär Vogt aus Dresden. Als solcher klagte er in allen Tönen sein Leid. Die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften seien groß und stark geworden und daran seien auch die Arbeitgeber mit schuld. Das einzige Mittel, dem entgegenzutreten, sei nur eine christlich-nationale Organisation. Nachdem dann die freien Organisationen mit dem eifrig zusammengetragenen Reichsverbandmaterial „unschädlich gemacht“ waren, machte Vogt Vorschläge. Die Arbeitgeber sollen Adressen sammeln von jenen ihrer Arbeiter, von denen sie wissen, daß sie „nicht sozialdemokratisch“ seien. Bei alledem sollen sie aber recht vorsichtig sein, damit kein Falscher erwischt werde. Als eine große Tat wurde es hingestellt, daß der Bergarbeiterstreik mit Hilfe der christlichen Orga-

nisationen zuschanden gemacht worden ist. Das Terrorismusmärchen mußte selbstverständlich auch wieder herhalten. Ohne dieses Märchen läßt sich ja bei den Christlichen eine Rede nicht gut denken. Der Fall mit dem Maurer Neck von hier wurde wieder aufgefrischt. Diesen Fall hatten die Christlichen dem Staatsanwalt übergeben; dieser lehnte aber ein Einschreiten mit der Begründung ab, die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung könnten hier keine Anwendung finden. Das brachte natürlich die christlichen Sekretäre in Harnisch. Ein solcher Fall stehe in Deutschland einzig da, und man werde sich dagegen weiter wenden. Es leuchtete so ein bißchen verdeckte Denunziation durch, sollte der Staatsanwalt gar mit Sozialdemokraten liebäugeln? (Neck wurde im Jahre 1907 aus der Organisation ausgeschlossen, weil sein unkollegiales Betragen die Organisation schädigte. Dieses Betragen hat er bis heute beibehalten. Vor kurzer Zeit wollten unsere Kollegen auf einem Bau in der Kaiserstraße die Arbeit einstellen, wenn Neck weiter beschäftigt würde. Auf Zureden des Baudelegierten unterblieb dies aber.) In der Debatte suchte der Sekretär Sparenberg aus Forst den Streit im christl. Lager als harmlos hinzustellen, ebenso Sekretär Hieber. Dem Buchbindermeister und Stadtverordneten Klahre machte die freie Jugend Kopfschmerzen; er will selbstverständlich die Christlichen unterstützen. Einen „wirksamen“ Vorschlag machte Steinbruchbesitzer Richter. Nach ihm sollten sich Arbeiter unter 21 Jahren überhaupt nicht organisieren dürfen. Blumenfabrikant Näher, durch seine schlechten Löhne bekannt, meinte die Arbeitswilligen müßten mehr geschützt werden; dazu reichten die Gesetze nicht aus. Das Streikpostenstehen müßte beseitigt werden. Der Nationalliberale Abg. Hartmann empfahl Petitionen an den Landtag und Reichstag. Pastor Berg hatte aber die schlaueste Idee; er empfahl Anstellungsscheine, auf denen jeder antretende Arbeiter unterschreiben soll, daß er keiner sozialdemokratischen Organisation angehöre, dann bleiben die Betriebe rein. Ein Oberregierungsrat Hübner aus Dresden empfahl, neben Adressen, wie in Dresden, auch Gelder zu sammeln, damit die Sekretäre unterhalten werden können.

Man muß das, was uns der „Grundstein“ zu berichten gibt, zweimal lesen. Nationalliberale Abgeordnete und Scharfmacher, Pastoren, Innungskrauter, Fabrikanten, Unternehmer, Regierungsräte, christliche Arbeitersekretäre und wer weiß was sonst noch in feberhafter Beratung, wie den christlichen Gewerkschaften aufzuhelfen ist. Das ist allerdings ein Bild, so klar, daß es keine Täuschung zuläßt. Würden Pfaffen, Scharfmacher, Kapitalisten, Regierungsbeamte sich für die christlichen Gewerkschaften ins Zeug legen, wenn diese einer ernstlichen Arbeitervertretung sich befleißigten. Nein, man muß helfen, die Rechte und Forderungen der Arbeiter niedertrampeln, dann entstehen den Arbeiterorganisationen solche Freunde, wie die oben angeordneten. Man muß gewerkschaftliche Schurkereien, wie den Streikbruch im Ruhrbecken, als Glanzleistung hervorheben, dann tanzt allen Arbeiterfeinden das Herz im Leibe. Ja, solche streikbrechenden Organisationen finden Gnade vor ihnen.

Wir appellieren nicht an die christlich-organisierten Arbeiter. Wer von ihnen selbst nicht einsteht, wie sie als christliche Gewerkschaftler von ihren Führern verraten und verkauft werden, dem ist nicht zu helfen. Aber es gibt doch Arbeiter, auch christliche, die es ehrlich mit sich und

Der Volkspalast.

Sozialer Roman, frei nach dem Englischen des W. Besant, von E. Dewitt.

(14. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Dann begann er darüber nachzudenken, was ihm sein Opfer einbringen würde.

Er gab sich darüber keinem Zweifel hin, daß für ihn nur eine einzige Belohnung in Frage kommen konnte und daß seine Liebe zu der Schneiderin soweit vorgeschritten war, daß er um ihretwillen auf alles verzichten, ja selbst ein Arbeiter werden wollte.

Dann fiel ihm das Entsetzen seines Onkels Bunker bei der Begegnung in der Brauerei ein und er mußte unwillkürlich lächeln. Während seine Heiterkeit noch anhielt, öffnete sich unerwartet seine Zimmertür und kein anderer als sein Onkel trat ein.

Die Röte war jetzt aus seinem Gesicht verschwunden, das bleich und verschwommen aussah.

„Neffe,“ sprach er mit heiserer Stimme, „laß deine Dummheiten und höre mich einmal ernsthaft an, wenn du dazu imstande bist.“

„Ich bin ganz Ohr.“

„Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß Fräulein Messenger mit deiner Anstellung ein schreckliches Verbrechen unterlaufen ist. Anfanglich hielt ich die Nachricht für einen schlechten Witz und wollte darum nichts weiter hören. Leute meines Alters und meiner Stellung sind keine Freunde von schlechten Witz. Aber es war kein Witz, wie ich inzwischen eingesehen habe, sondern nur ein schreckliches Verbrechen Fräulein Messengers, den du gut machen kannst.“

„Wie kann ich ihn gut machen?“

„Eigentlich könnte ich es ja selbst tun. Ich brauche ihr zu dem Zwecke nur zu schreiben, daß du eine verdächtige Person seiest und daß niemand wisse, wovon du lebst und ob du wirklich dein Handwerk gelernt hast.“

„Damit überlebst du schwerlich Glück haben, Onkel, denn ich könnte ja auch an sie schreiben.“

„Das beste wäre es, Junge, wenn du die Stelle überhaupt nicht annehmen und ganz von hier fortgehen würdest. Was willst du eigentlich hier? Du bist hier aufgetaucht, kein Mensch weiß von wo, und lebst hier, kein Mensch weiß wovon; du stichst dem lieben Herrgott den Nagel und denkst auch nicht im entferntesten daran, ernstlich zu arbeiten. Wenn ich dich richtig einschätze — und ich irre mich selten — so wartest du nur die Zeit ab, um ein paar letztmündige

Menschen anzupumpen oder Gelegenheit zum Einbrechen auszuspielen. Doch zur Sache. Wenn du mir versprichst, in aller Stille von hier fortzugehen und den Leuten in der Brauerei zu sagen, daß du die Stelle nicht annehmen kannst, so gebe ich dir — jawohl, ich gebe dir — zwanzig Pfund. Meinestwegen gleich hier auf der Stelle.“

„Wie großmütig von dir. Aber ich fürchte —“

„Na, sagen wir fünfundsanzig Pfund! Ein gescheiter Mann kann mit fünfundsanzig Pfund in barem Gelde alles anfangen. Ja, wenn er Lust hat, bis an das andere Ende der Welt damit reisen. Wenn ich du wäre, würde ich dorthin gehen. Dort fehlt es einem aufgeweckten Jungen nicht an goldenen Gelegenheiten. Sage ja, und ich zahle dir auf der Stelle fünfundsanzig Pfund aus.“

„Das hört sich sehr verlockend an, gleichwohl —“

„Nichts ist mir gegliückt,“ fuhr Bunker fort, „seitdem du hier bist. Wie werde ich Fräulein Messengers schrecklichen Irrtum verschmerzen, und auch in meiner Geschäftsverbindung mit Fräulein Kennedy bist du mir im Wege. Was hätte ich ohne dich nicht an ihr verdienen können! Darum will ich, daß du von hier fortgehst“, fügte er fast weinend hinzu.

„Aber gerade darum möchte ich hier bleiben, Onkel. Und dann bist du mir immer noch die Antwort auf meine Frage schuldig — was hast du für mich bekommen, als du mich verschachertest?“

Die Frage übte eine außerordentliche Wirkung auf Bunker aus.

Als er sich fluchend und schimpfend entfernt hatte lächelte Harry.

„Ich weiß,“ sprach er zu sich selbst, „daß er etwas ausgepfiffen hat. Bunker fürchtet sich. Ja, ich werde es herausfinden und ihn dann noch mehr erschrecken. Aber um es zu entdecken, muß ich bleiben. Und wenn ich bleibe, muß ich ein Arbeiter werden. Und eine Schürze tragen? Und eine braune Papiermütze? Nein, nein, um keinen Preis werde ich eine Schürze oder Mütze tragen, selbst dann nicht, wenn sie mir nur um diesen Preis ihre Hand schenken wollte.“

Als der Abend kam, war Harry immer noch nicht zu einem Entschluß gelangt. Er säumte nun nicht länger, seinen regelmäßigen Besuch in dem Hause der Schneiderinnen abzusetzen. Das Empfangszimmer machte, wie immer einen behaglichen und anheimelnden Eindruck, und die Mädchen sahen glücklich und zufrieden aus. Einige von ihnen lasen, einige glauberten, wiederum andere beschäftigten sich mit einer Handarbeit. Kapitän Sorenson saß behaglich in einem großen Sessel und erzählte ein Abenteuer aus

seinem Leben als Kapitän eines großen Ostindienfahrers, während Angela auf einer Fußbank ihm zu Füßen saß und Nello, den Arm um ihn geschlungen, neben ihm stand. Harry fühlte sich von dem reizenden Bilde, das seine Augen sahen, tief ergriffen. Durfte er das tapfere Mädchen, welches das kleine so viel versprechende Unternehmen ins Leben gerufen hatte, ohne Schutz den habgierigen Anschlägen eines Bunkers preisgeben? Obwohl kein Philantrop, war er doch bereit, auf ein gutes Teil seines eigenen Glückes zum besten anderer zu verzichten, vorausgesetzt natürlich, daß er dafür die ständige Gesellschaft der Geliebten eintauschte. Diese Entschädigung war die unerläßliche Voraussetzung für sein Opfer.

Fräulein Kennedy nickte ihm freundlich zu und bat ihn durch eine Handbewegung, den Kapitän nicht zu unterbrechen, der auch bald mit seiner Erzählung zu Ende war.

Dann wurde noch wie üblich ein wenig musiziert, gesungen und getanzt, worauf alle den Heimweg antraten.

Sie sind heute abend so schweigend, Herr Goslett, bemerkte Angela, während sie durch den stillen grünen Platz schritten, der Stepmey Green heißt.

„Es geht mir wie dem Papagei, ich denke dafür umso mehr.“

„Worüber grübeln Sie nach?“

„Mir ist ganz unerwartet auf Veranlassung von Fräulein Messenger eine Stelle in der Brauerei angeboten worden, und ich soll mich schon morgen früh entscheiden, ob ich sie annehme oder nicht.“

„Ihnen ist eine Stelle angeboten? Dann gratuliere ich. Sie nehmen sie doch?“ Sie sah ihn bei diesen Worten schärf, fast argwöhnisch an.

„Ich bin noch nicht schlüssig geworden.“

„Aber haben Sie vergessen“, die Worte klangen ermutigend, „was Sie mir erst vor einigen Abenden versprochen?“

„Ich habe es keineswegs vergessen, und was ich Ihnen damals versprochen habe, erhöhet jetzt nur meine Verlegenheit. Offen gesagt, ich hielt es damals für völlig undenkbar, daß mir hier je eine Stelle angeboten werden könnte.“

„Ist der Lohn vielleicht zu niedrig?“

„O, nein, er entspricht vielmehr dem ortsüblichen Lohn.“

„Sind die Stunden zu lang?“

„Ich darf mir meine Arbeitszeit nach Belieben einrichten. Wie es scheint, ist es der Wunsch Fräulein Messengers, mich in meiner Stellung so unabhängig wie möglich zu wissen.“

daß die Engländer von ihrer Krankheit, sich durch alle möglichen Intervallier ausfragen zu lassen, noch nicht turriert worden sind. Überraschungen stehen bevor. Man sieht und fühlt, daß die Unternehmer mit Worten nicht zum Unterhandeln zu bewegen sind, weshalb man sich nunmehr an die Labour Party um Hilfe wandte. Das kommt einer Übergabe der Streikleitung an die Labour Party tatsächlich gleich. Alles, was man jetzt noch unternimmt, ist weiter nichts, als den Rückzug zu decken. Die L. P. hat die Streikleiter aufgefordert, ihre Minimalforderungen zu formulieren; das ist bis jetzt noch nicht geschehen, denn man ist anscheinend froh, wenn nur die Forderung gegeben wird, alle Streikenden wieder einzustellen, damit man den Streik aufheben kann. Ein anderer Ausweg ist nicht mehr möglich. Was jetzt geschehen muß, das hätte schon einige Wochen früher ausgeführt werden müssen. Es ist natürlich Unförm, anzunehmen, die Unternehmer würden jetzt zusammenstürzen, weil die L. P. die Angelegenheit in die Hand genommen hat. Sie wissen, wie schwer sie die Organisation getroffen haben, sie wollen nun auch die Früchte ihres Sieges genießen. Gar zu schlaue hatten die Unternehmer die Falle gestellt, und die Arbeiter sind hineingelaufen. Es war eine Massenaktion, eine riesige spontane Sympathie Kundgebung, wo man auf die Warnungen einzelner Führer nicht hörte. Aber auch die Führer haben nicht vorsichtig gehandelt. Vor einigen Tagen schrieb Ben Tillet noch: „Kampf auf Leben und Tod. Das bisherige Mißvergnügen, welches hier und da war, es ist verschwunden in der neuen Hoffnung auf endlichen Sieg.“ Während er dieses schrieb, wurden Schritte bei der Labour Party unternommen, um dem Streik ein Ende zu machen. Nun will man so schnell wie möglich aus der ganzen Kalamität heraus. Am 17. Juli will das Königspaar den Stadttitel West Ham besuchen, um dort den Grundstein für ein großes neues Dorf zu legen. Jack Jones, einer der Streikführer, hat im Gemeinderat von West Ham den Antrag eingebracht, im Hinblick auf das größere Elend in West Ham keine Festlichkeiten stattfinden zu lassen und keine Ausschmückung des Stadtteils vorzunehmen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen, also auch von den Liberalen und Konservativen. Täglich zweimal werden in West Ham an 6000 Kinder gespeist. Unter solchen Umständen kann natürlich von Festen keine Rede sein. Nun will man aber dem Königspaar gern den Anblick dieses schrecklichen Elends ersparen und allerlei „höhere“ Kräfte sind am Werke, die Unternehmer zu dem Verprechen zu bewegen, über die Forderungen und Wünsche der Arbeiter nach dem Streik zu verhandeln. Geben die Unternehmer dieses Verprechen, dann wird es den Streikleitern möglich sein, die Ausständigen zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen.

Bis jetzt wurden 1 200 000 Mark an Streikunterstützung ausgegeben, 250 000 Mark für Nahrungsmittel und 100 000 Mark für Speisung der Kinder, also zusammen 1 500 000 Mark. Die Unterstützungen der übrigen Organisationen im eigenen Lande gehen nicht nach Wunsch ein, eine Folge des ganzen konservativen Organisationsstills, das in solchen Fällen mit der unständlichen Maschinerie noch immer versagt hat. Nicht nur bei nationalen, sondern auch internationalen Hilfsaktionen, wie man noch zuletzt beim schwedischen Großstreik beobachten konnte.

Soziales.

Vier Jahre Rentenkampf. Die Festsetzung der Unfallrenten soll nach dem Gesetz in beschleunigtem Verfahren geschehen. Sehr oft ergeben sich nun aber Fälle, in denen von einer Beschleunigung nicht mehr die Rede sein kann, vielmehr ein armer Teufel jahrelang auf seine Rente warten muß, zu seinen schweren körperlichen Schäden auch noch die größten Sorgen um seinen Unterhalt hat. Dafür wieder einmal ein fast beispielloser Fall, den R. F. in der „Schwab. Tagw.“ wie folgt schildert: Am 20. Januar 1908 verunglückte der damals 16 Jahre alte Metzger J. B. in A. O.-M. Leutkirch, dadurch, daß er rückwärts mit dem Hinterbacken in das aufgerichtete Wiegemesser fiel, als sein Meister ihm sogenanntes Fuchspulver auf die Haut streute und der Verletzte diesem entgegen wollte. Diese Spielerei seines Meisters brachte dem Jungen eine fünf- und zwanzigwöchige Behandlung im Krankenhaus ein. Danach war er wieder arbeitsfähig, erkrankte nach sieben Monaten erneut an der gleichen Stelle, wo sich mehrere Narben, darunter 20 Zentimeter lange, befanden. Die erste Wunde war bis auf den Knochen gegangen. Die Wiedererkrankung wurde anfänglich von dem Oberamtsarzt Dr. Mohrbrügger auf den Unfall zurückgeführt. Als der Verletzte sich aber der dritten Operation nicht mehr fügte, berichtete der Arzt der zuständigen Fleischer-Verufsgenossenschaft, daß die Erkrankung mit dem Unfall nichts zu tun habe. Die Verufsgenossenschaft wies darauf den Anspruch ab durch den Bescheid vom 5. April 1909. Der Vater des Verletzten ging mit dem Bescheid zum Schultheiß in Altmanzhofen und ersuchte ihn um Erhebung der Verufung, was aber nicht geschah. Nach mehreren Wochen, als nichts kam, stellte sich heraus, daß der Schultheiß die Sache hatte liegen lassen. Der Verletzte selbst war so schwer erkrankt, daß er das Bett nicht verlassen konnte und darin bis Ende 1910 zubringen mußte! Der Vater lief nun vergeblich von einem Pfarrer zum andern um Hilfe, jeder sagte, da sei nichts zu machen; selbst der „große“ Matthias Erzberger wurde in Bewegung gesetzt, erklärte aber auch, daß, nachdem der ablehnende Bescheid der Verufsgenossenschaft rechtskräftig geworden sei, nichts mehr getan werden könne. Der Vater des Verletzten ließ aber nicht locker und wandte sich, als er bei seinen Glaubensgenossen keine Hilfe fand, an den Vertrauensmann der Sozialdemokraten in Leutkirch. Dieser in seiner Heimat sehr verhaßt und verfeimt, sandte die Alten dem Arbeiterssekretariat Stuttgart ein. Von hier aus wurde zunächst die anscheinend rechtskräftig abgewiesene Sache durch ein Wiederaufnahmeverfahren einzulernen versucht, was aber trotz ausreichender Beweise und zahlreicher Schreiben von der Verufsgenossenschaft wiederholt abgewiesen wurde. Inzwischen stellte sich dann zum Glück heraus, daß der Vater mit dem Bescheid beim Schultheiß gewesen war, und es wurde deshalb eine Beschwerde gegen die Verufsgenossenschaft beim Reichsversicherungsamt eingereicht und darin die Frage aufgeworfen, ob die Verufung nicht als rechtzeitig eingelegt zu betrachten sei. Es kann nämlich eine Verufung nicht nur beim Schiedsgericht, sondern bei jeder inländischen Behörde rechtswirksam eingelegt werden. Durch die Erhebungen stellte sich heraus, daß der Vater des Verletzten zwecks Erhebung der Verufung bei ihm gewesen war und daß der Bescheid längere Zeit auf dem Schultheißensamt lag. Nachdem dies feststand, wies das Reichsversicherungsamt die Sache zur Entscheidung an das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Ulm, das die Verufung als rechtzeitig eingelegt anerkannte, durch die Entscheidung vom 8. Februar 1911 aber den Anspruch ebenfalls abwies. Gegen die abweisende Entscheidung wurde nunmehr wieder Rekurs beim Reichsversicherungsamt erhoben. Vor der Verhandlung beim Reichsversicherungsamt konnte noch durch Vermittlung des Zentralarbeiterssekretariats in Berlin, dem die persönliche Vertretung übermiesen war, das Gutachten eines bekannten

Chirurgen beigebracht werden, der sich für den Zusammenhang der Erkrankung mit dem Unfall aussprach. Die Kostene dieses Gutachtens für den katholischen Verletzten in Oberschwaben, den seine Freunde im Stiche ließen, übernahmen wieder Sozialdemokraten! Das Gutachten trug dazu bei, daß ein Obergutachten von der Klinik in Tübingen eingefordert wurde, das Professor Dr. v. Brunn erkrankte. Dieses Gutachten bestätigte den Befund, hob die zahlreichen Narben im Hinterbacken hervor und stellte fest, daß jetzt nach vier Jahren noch einige Fisteln, das heißt bis auf die Knochen gehende Löcher vorhanden sind, aus denen fortgesetzt Eiter abfließt. Die Fisteln sind 7, 8 und 20 Zentimeter tief! Das Hüftgelenk ist völlig versteift. Das linke Bein befindet sich in einer Beugestellung von 155 Grad. Das Reichsversicherungsamt erkannte durch die Entscheidung vom 8. Mai 1912 nicht nur die Verufung als rechtzeitig erhoben an, sondern sprach nach dem Gutachten der Klinik dem Verletzten bis Anfang 1910 die Hilfslosenrente mit 80 pZt. des Jahresarbeitsverdienstes, von da ab die Vollrente zu und überbürdete der Beklagten auch die Kosten für die ärztlichen Gutachten. Der Verletzte bekam so nach Jahren seine Rente doch trotz aller Hindernisse noch. Auf den Eifer von katholischen Schultheißen und sonstigen guten Christen wirkt aber diese Sache ein so bezeichnendes Licht, daß der Öffentlichkeit die Darstellung nicht vorenthalten bleiben kann.

Leitfäden über das Heilverfahren für Berufsgenossenschaften. Das Reichsversicherungsamt hat sich veranlaßt gesehen, Leitfäden über das Heilverfahren für die gewerblichen Berufsgenossenschaften aufzustellen. Oberster Grundschlag ist nach diesen Leitfäden, daß schon in den ersten 13 Wochen alles getan wird, um eine Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit über die 18 Wochen hinaus zu verhindern. Sodann werden alle Verletzungen aufgeführt, die ein Eingreifen der Berufsgenossenschaften nötig machen. In einer Aufzählung der in Frage kommenden Fürsorgemaßnahmen wird empfohlen, durch Überwachung des baldigen Eingangs der Unfallanzeige (wobei evtl. durch Ordnungsstrafe gegen den schuldigen Unternehmer und durch Beschwerde an die Krankenkasse vorgegangen werden kann) die rechtzeitige Übernahme des Heilverfahrens durch die Genossenschaft zu sichern. Auch die rechtzeitige Einholung eines Attestes von dem Arzte, der zuerst die Behandlung führte, wird geraten. Ferner die rechtzeitige Ermittlung des Verlaufes der Krankheit und schnelle Feststellung, ob der Krankheitsfall schwer oder leicht ist. Spätestens 6 Wochen nach dem Unfall soll festgestellt werden, ob die Wiederherstellung erfolgt, das Heilverfahren also beendet ist. — Der Zweck der Leitfäden soll sein, die Höhe der Unfallrente zugunsten der Berufsgenossenschaften zu beeinflussen. Die sogenannten Rentenquoten werden daher in Zukunft wohl mehr als bisher in Aktion treten. Zugunsten der Verunglückten hätte aber das Reichsversicherungsamt in diesen Leitfäden vor allem festlegen müssen, daß die Berufsgenossenschaften die Unfallentschädigung rechtzeitig eintreten lassen müssen, sodas die Verunglückten keine Not leiden, wenn die Krankenkasse die Unterstüzungen einstellt.

Die Zentralkasse und Sterbefälle der Tapezierer Deutschlands C. S. 36, Sitz Hamburg, beschloß auf ihrer 11. Generalversammlung, die vom 30. Juni bis 2. Juli in Berlin tagte, nach einem Referat von L. Brunwaldt mit großer Majorität, sich in eine Erntekasse umzuwandeln.

Hüttekinder.

Die schamlose Kinderausbeutung auf dem Lande ist hinreichend bekannt. Ein besonders trauriges Kapitel bildet das Halten von Hüttekindern. Vor einigen Monaten hat die Regierung wiederum eine Verordnung erlassen über die Bedingungen, unter denen die Hüttelehrer erteilt wird. Derartige Vorschriften stehen fast ausschließlich auf dem Papier, wie Kenner der Verhältnisse wissen. Aber selbst das, was die Regierung vorschreibt, ist äußerst dürftig. So ist nicht ein Wort über die Dauer der Arbeitszeit enthalten. Nach der Verordnung können schon Knaben, die das erste Lebensjahr vollendet haben, zum Hüten verwandt werden. Kinder, die in diesem zarten Alter stehen und ausnahmslos mangelhaft ernährt sind, da sie aus den allerärmsten Schichten der Bevölkerung stammen, können schrankenlos ausgebeutet werden. Im Sommer besteht auf dem Lande in der Regel eine Arbeitszeit, die von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang dauert — das sind 17 bis 18 Stunden. Und elf Jahre alte Kinder müssen diese unmenschlich lange Arbeitszeit durchmachen, und zwar an den Wochentagen wie an den Sonntagen. Denn die Vorschrift lautet, daß die Arbeitgeber nur verpflichtet sind, die Hüttekinder wenigstens zweimal im Monat an dem öffentlichen Gottesdienst teilnehmen zu lassen. Vorausgesetzt, daß das eingehalten wird, müssen die Kinder an zwei Sonntagen im Monat vollständig arbeiten; an den beiden anderen Sonntagen braucht sie der Agrarier bloß an dem Gottesdienst teilnehmen zu lassen. Vor und nach dieser Zeit kann er sie wieder verwenden. Also nicht einmal eine halbwegs ausreichende Sonntagsruhe steht den Kindern zu. Und wie stehts mit dem Schulbesuch? Hier verordnet die Regierung, daß die Hüttekinder den Schulunterricht wöchentlich mindestens während zweier vollen Vormittage regelmäßig und pünktlich zu besuchen haben. Die beiden Tage bestimmt der Kreisinspektor unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse für die Schulen seines Aufsichtskreises, wobei aber wenigstens für jede Ortsschulinspektion Abereinmigung erforderlich ist. Das ist der ganze Unterricht, den die Kinder bekommen. Zwei Vormittage in der Woche. Wie können die Kinder hierbei lernen? Die Schulverhältnisse auf dem Lande sind ohnehin traurig; die Räume sind überfüllt, die Lehrer überlastet. Wie sollen diese sich noch mit den Hüttekindern abgeben können, deren Unternehmung eben eine besondere und den Verhältnissen entsprechende sein muß, wenn sie tüchtig werden sollen. Dazu kommt, daß der Hütteknecht vor dem Schulbeginn eine vier- bis fünfständige Arbeitszeit durchgemacht hat und müde und abgumpffig ist. Außerdem ist sein Beruf ohnehin geeignet, ihn kumpffig zu machen. Nach Schluß der Schulstunden geht es sofort wieder ins Feld. Die Dienstherrn sollen wohl den Hüttekindern die zur Anfertigung der Schularbeiten notwendige Arbeitszeit gewähren, aber daß diese Vorschrift fast nie eingehalten wird, ist selbstverständlich.

Dann sagt die Regierung in ihrer Verordnung, daß jeder Knabe beim Nachsuchen der Hüttelehrer ein von dem Amtsvorsteher auszustellendes Zeugnis über die Armut der Eltern beizubringen hat, und daß die Hüttelehrer nachsuchenden Knaben sich gut geführt, die Schule im Winter regelmäßig besucht haben müssen und die ihrem Alter entsprechenden Kenntnisse nachweisen, das heißt, mindestens ein Jahr der Mittelsstufe, in zweifelhafte Schulen mindestens ein Jahr der ersten Klasse angehört haben müssen. Auch diese Vorschrift ist wieder ganz den agrarischen Verhältnissen angepaßt. Wenn die Kinder vor dem ersten Lebensjahre bereits in den Sommermonaten die Schule nicht besucht, dafür aber auf den Feldern der Agrarier gearbeitet haben, so ist das noch lange kein Grund, ihnen den Hütelhüten zu ver-

weigern. Sie müssen nur im Winter regelmäßig zur Schule gegangen sein und nicht mehr in der untersten Klasse stehen. Die Erlaubnisscheine zum Hüten werden ausschließlich vom Kreisinspektor ausgestellt. Dann sind noch einige Vorschriften über die Kontrolle der Hüttekinder erlassen, die in der Hauptsache dem schon überführten Landlehrer aufgehaßt ist. So hat der Lehrer ein besonderes Verzeichnis der Hüttekinder zu führen, den Schulbesuch derselben sorgfältig zu überwachen und erforderlichenfalls die Schulverhältnissen sofort einzureichen. Der Lehrer hat den Unterricht der Hüttekinder möglichst planmäßig zu gestalten und namentlich dafür Sorge zu tragen, daß sie in den Hauptfächern, in der Religion (die steht natürlich an der Spitze), im Lesen und Schreiben und im Rechnen in dem Maße fortfähren, als dieses den Verhältnissen nach möglich ist. Der Lehrer hat die Hüttekinder auch bezüglich ihrer Führung stets im Auge zu behalten und sich ihrer erzieherisch anzunehmen. „Erzieherisch“ soll sich der Lehrer der Kinder annehmen. In ihre Arbeitsverhältnisse hat er nicht hineinzureden. Wenn die Kinder übermäßig ausgebeutet, vom Arbeitgeber mißhandelt oder schlecht beaufsichtigt werden, dem Lehrer gehen alle diese Dinge nichts an. Dagegen soll er Fälle von Leichtfertigkeit oder Rohheit, von Verwahrlosung oder groben sittlichen Vergehen (der Kinder natürlich!) ohne Verzug zur Kenntnis des Ortsschulinspektors bzw. der Stadtschuldeputation bringen. Der Ortsschulinspektor bzw. die Stadtschulinspektion hat ein besonderes Attest über die Angelegenheit der Hüttekinder zu führen, zu welchem auch die Verhältnissen gehören. Die letzteren sind alsbald nach ihrem Eingange zu prüfen und mit möglichstst Beschleunigung der Ortspolizeibehörde zur Festsetzung und Vollstreckung der Strafen zu übergeben. Wird in letzterer Beziehung vorchriftswidrig oder säumig verfahren, so ist hiervon der Polizeiaufsichtsbehörde schleunigst Mitteilung zu machen. Bei fortgesetzter Schulverweigerung oder dauernd mangelhafter Führung eines Hüttekindes ist von dem Rechte der Rücknahme des Hütelheimes unmissichtlich Gebrauch zu machen. Die Schulinspektoren haben bei ihren Schulinspektionen den Angelegenheiten der Hüttekinder besondere Fürsorge zuzuwenden und beim Antretten etwaiger Mißstände sogleich das Geeignete zu veranlassen.

Auf dem Papier stehen ja diese Kontrollvorschriften, aber daß sie in der Praxis kaum in Anwendung kommen, ist klar für jeden Kenner der Verhältnisse. Die Behörden in Ostelbien sind mit den Agrariern verwandt und verschwägert; auf die Schulbehörden trifft das gleichfalls zu, und diese sehen sich die Verhältnisse durch die agrarisch gefärbte Brille an, so daß für sie fast nie derartige Mißstände existieren, daß sie die Hüttekinder dem Agrarier entziehen müssen. Diese Zustände erfordern dringend einer gesetzlichen Regelung. Die Verwendung schulpflichtiger Kinder zum Hüten muß gänzlich verboten werden, weil sie die schwersten Gefahren für die Kinder in sich birgt und diese oft körperlich und geistig zugrunde richtet.

Aus dem Gerichtssaal.

Zusammenbruch einer konservativen Genossenschaft. Der Gutsbesitzer Reinhold Müller in Dahme bei Regenitz war in der dortigen Spar- und Darlehnskasse (System Raiffeisen) statutenwidrig als Vorsitzender und Kassier zugleich tätig und verwandte im Sinnerverständnis mit dem Aufsichtsrat die für den Verein bezogenen Waren im eigenen Interesse und im Interesse einiger Freunde, ohne Zahlung zu leisten, bis er schließlich für sich 9000 Mk. und für die Freunde auch ein paar Tausend Mark verputzt hatte. Die Revisoren der Zentralkasse revidierten und montierten zwar, geändert wurde an der Geschäftsführung aber nichts. Infolge von Differenzen kam die Sache ans Licht und Müller wurde zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Revisor aus Breslau wurde wegen Verdachts der Begünstigung nicht vereidigt. — Wie würde die „Deutsche Tageszeitung“ schreiben, wenn es sich hier nicht um eine Agrarier-, sondern um eine Arbeitergründung handelte.

Wie es einem geschwängerten Dienstmädchen ergehen kann. Unter Aufschluß der Öffentlichkeit wurde vor dem Dortmund'schen Schöffengericht gegen das Dienstmädchen Martha S. aus Neumühl verhandelt, welches der verleumderten Beleidigung des Kaufmanns Walter S. in Dortmund angeklagt war. Aus der Vorgeschichte dieses Prozesses wird folgendes mitgeteilt: Die Angeklagte war früher bei dem Kaufmann in Stellung. Sie wurde Mutter und begaunerte, daß S. der Vater des Kindes sei. Der Kaufmann wollte davon nichts wissen. Als ein Alimentenprozeß nachfolgte, schwor der Kaufmann die Vaterschaft und den intimen Verkehr mit dem Dienstmädchen ab. Dieses bezichtigte darauf den Kaufmann des Meineides; das Verfahren wurde aber eingestellt. Als das Dienstmädchen die Behauptung, daß der Kaufmann der Vater ihres Kindes sei, doch noch weiter aufstellte, wurde Strafanktrag wegen verleumdender Beleidigung gestellt. Und — siehe da! — der Staatsanwalt erhob gegen das arme geschwängerte Dienstmädchen die öffentliche Klage. (1) Das ist wieder etwas Neues bei Privatstreitigkeiten. Bei der Streikultitz ist man ja schon gewöhnt, daß der Staatsanwalt das „öffentliche Interesse“ vorzieht, nun sollen gar die geschwängerten Dienstmädchen eine ähnliche Rolle spielen! In der Schöffengerichtsverhandlung gegen das Dienstmädchen gestattete sich aber die Beweisaufnahme für sie derart günstig, daß der Verfügende dem Kaufmann nahelegte, die Klage zurückzuziehen! Das gab's nun nicht, vielmehr beschwor der Kaufmann wieder, daß er mit dem Dienstmädchen nichts zu tun gehabt habe. Aufgefallen war, daß S. das Mädchen, als deren Zustand bekannt wurde, von einem Spezialarzt und von seinem Hausarzt untersuchen ließ; auch hatte der Kaufmann nachträglich versucht, durch dritte Personen mit dem Dienstmädchen zu verhandeln! Der Staatsanwalt beantragte zwar einen Monat Gefängnis für die Angeklagte, das Gericht folgte indes dem Verteidiger und sprach das Mädchen frei. So ist die Unglückliche wenigstens vor dem Gefängnis bewahrt geblieben. Die Gerichtsverhandlung ist aber ein neuer Beleg für die schwierige Lage armer lediger Mütter. Ob das Mädchen nun auch nach einer weiteren Wendung der Sache — Alimenter erhält — bleibt immer noch abzuwarten.

Ein Majestätsbeleidigungsprozeß. Die alldeutsche und hurratriotische Presse, die mit Argusaugen über die Vorgänge in Elß-Lothringen wacht, war kürzlich ungeheuer aufgebracht, als in Saargemünd eine Ortsgruppe des „Souverain francais“ gegründet wurde und bei dieser Gelegenheit im Cafe Nikolaus der Fabrikbeamte Schach eine Rattierbüste umdrehte, sodas sie mit dem Gesicht zur Wand zu stehen kam. Auch soll Schach hierbei unpassende Bemerkungen gemacht haben. Die Öffentlichkeit erfuhr hiervon und die patriotische Presse im Reich entrüstete sich ordnungsgemäß. Die weitere Folge war die Verhaftung des Beamten und eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung. Gegen eine Kaution von 50 000 Mk. wurde Schach jedoch aus der Haft wieder entlassen. Am Freitag wurde der Angeklagte nun von der Strafammer zu Saargemünd, wie schon kurz gemeldet, wegen Majestätsbeleidigung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Todesurteil. Das Schwurgericht in Mannheim hat nach zweitägiger Verhandlung den 21-jährigen Maler Albert Pöfner wegen Mordes zum Tode verurteilt. Der Angeklagte hatte im März dieses Jahres in Heidelberg das Dienstmädchen Anna Wöhe, mit dem er ein Verhältnis hatte, bei einem Spaziergange am Abend in den Neckar geworfen, weil er seiner Geliebten überdrüssig geworden war.

Aus Nah und Fern.

Das Ende vom Liede. Der Kassenbote Gaase von der American-Express-Compagny in Berlin, der nach Unterschlagung von 100 000 Mk. vor einigen Tagen geflüchtet war, hat sich der Berliner Kriminalpolizei gestellt. Nach seinen Angaben hat er sich zunächst 14 Tage in Leipzig aufgehalten, nachdem ihm bereits in der ersten Nacht 94 000 Mk. des geraubten Geldes von Mädchen gestohlen worden seien. Diesen Angaben steht die Polizei natürlich sehr skeptisch gegenüber; sie nimmt vielmehr an, daß er das Geld irgendwo sicher deponiert hat.

Kriegervereins-Vietät. In Kolzig im Kreise Grünberg sollte kürzlich ein Zimmerer beerdigt werden, der infolge eines Betriebsunfalles gestorben war. Der Verstorbene war gewerkschaftlich organisiert und gehörte leider auch noch, wie so viele Arbeiter, dem Militärverein an. Dem Sarge wollten auch drei Zimmerer folgen, von denen zwei je einen Kranz trugen. Der eine Kranz versehen mit weißer Schleife, war von den Kameraden des Verstorbenen, der andere von der Witwa, bei der der Sarg zuhause war, gestiftet worden. Als sich der Trauerzug kaum in Bewegung gesetzt hatte, erfolgte zu den Trägern, die von dem an der Beerdigung ihres Mitgliedes teilnehmenden Militärverein gestellt waren, das Kommando: „Leiche niederlassen!“ Keiner Mensch ahnte, was eigentlich vorgehen sollte. Unter den Mitgliedern des Militärvereins entsand eine längere Auseinandersetzung und schließlich kamen zwei der Mitglieder auf die drei Zimmerer zu und erklärten, daß der Militärverein abtreten müsse, wenn die drei mit den zwei Kränzen noch weiter mitgehen würden. Damit die Leiche ihres toten Kameraden nicht auf der Straße stehen bleibe, willigten die Zimmerer ein, daß die Kränze im Trauerhause zurückgelassen wurden. — Das nächste Mal werden aber die Zimmerer dafür sorgen, daß ohne Störung und wenn es sein muß, ohne Militärverein ein toter Kamerad zur letzten Ruhe gebettet wird. Der bürgerlichen Presse ist dieser Akt von Militärvereins-Vietät natürlich unangenehm. Und um bei dem Vorfall dem Verhalten des Militärvereins einen Schein von Berechtigung zu geben, wird von einzelnen Blättern gesagt: „Als der Zug antrat, reichte sich eine Vertreterin der Sozialdemokratie mit zwei Kränzen ein.“ Das von dem Militärverein geübte Verhalten wird gekennzeichnet durch die Erklärung des Vorstandes, der Verein werde nur dann an dem Begräbnis teilnehmen, wenn die „Vertreter der Demokratie“ die Kränze weglassen.

Hagelschlag und Wolkenbrüche haben aufs neue Zeile des Erdfeldes heimgekehrt. Besonders in den Fluren von Ralshof, Kirchhof, Wisingerode und Ferna, ferner von Deuthen und Wachstedt, sowie auch in verschiedenen Feldfluren des Kreises Duderstadt ist großer Schaden angerichtet worden. Vielfach ist das Getreide von dem Hagelregen plattgedrückt worden. Die Hagelkörner konnten noch nach Stunden haufenweise zusammengeschaukelt werden. — Aus Kreuznach wird gemeldet: Das in der Mittwoch-Nacht über die Moszinger Gegend niedergegangene Gewitter hat großen Schaden angerichtet. Das Gewitter war mit einem Hagelschlag verbunden. Nach wenigen Minuten bedeckten die hagelsturzartigen Hagelkörner die ganze Gegend, so daß diese den Eindruck machte, als ob man mitten im Winter stehe. Die Felder und der Weinbau dürften sich in diesem Jahre von diesem Hagelschlag nicht mehr erholen.

Hochkapellein eines angeblichen Mejerbeleninantis. In Langensalza in der Provinz Sachsen hat es ein Hochkapellein verstanden, sich in einem Monat eine Maschinenfabrik zu errichten, den Angestellten der Fabrik 60 000 Mark als Kautionsabnahme, drei Damen, denen er die Ehe versprochen, um 55 000 Mark zu betrügen und außerdem noch Schulden in Höhe von 60 000 Mark zu machen. Es handelt sich um einen etwa 35 Jahre alten Mann, der sich als Regierungsbauingenieur und Leutnant der Reserve Dr. Ing. Schömer einer verwitweten Frau Dr. Schliebe in Chemnitz genähert hatte, um sie zu heiraten. Er verlobte sich mit der Dame und erhielt von ihr 20 000 Mark, mit denen er die Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen von Louis Sint in Langensalza kaufte, und zwar unter dem Namen „Dr. Schliebe“. Seiner Braut hatte er eingeredet, es sei besser, die Fabrik auf den Namen ihres verstorbenen Mannes zu führen, da sein Bruder in Heffen eine ähnliche Fabrik habe, und sonst leichte Verwechslungen vorzukommen könnten. Er schaffte Automobile, Pferde und Wagen an, engagierte neues Kontorpersonal und Reisende, die hohe Kautionen hinterlegen mußten, gab an seine Arbeiter gegen Geld Anteilsscheine ab, um sie an der Fabrik zu beteiligen und machte große Bestellungen, bis er kurz vor dem 1. Juli, wo die gerichtliche Aufspaltung der Fabrik erfolgen und der Kaufpreis erledigt werden sollte, eine Geschäftstour nach dem Rhein unternahm, von der er nicht mehr zurückkehrte. Erst jetzt stellte sich heraus, daß er noch von zwei anderen Damen unter Heiratverprechungen 35 500 Mark erzwungen hatte. Die drei von ihm betrogenen Frauen haben sich mit den Gläubigern geeinigt, die Fabrik, der der Hochkapellein durch eine großzügige Propaganda große Aufträge

verschafft hatte, einstweilen weiter zu führen. Die Polizei von Langensalza hat den Betrüger den auswärtigen Behörden signalisiert.

Ein Mittel zur Verhütung von Eisenbahnkatastrophen. Ein englischer Millionär namens A. R. Angus will ein unfehlbares Mittel zur Verhütung von Eisenbahnkatastrophen, welcher Art sie auch sein mögen, gefunden haben: er will einen in voller Fahrt befindlichen Expresszug auf 100 Meter Entfernung automatisch und in einem Nu zum Stehen bringen können. Um die Unfehlbarkeit seines Systems zu beweisen, hat der Erfinder bei Taunton in der Grafschaft Somerset einen 5 Kilometer langen Erdstreifen gekauft und hier eine elektrisch betriebene Bahn angelegt. Er hat dann auf der kurzen Bahnstrecke zahlreiche Versuche gemacht, indem er eine Lokomotive mit der Geschwindigkeit von 70 Meilen in der Stunde ausfahren ließ und sie auf weniger als 100 Meter Entfernung zum Stehen brachte, obwohl der Führer sich die größte Mühe gab, die Fahrt fortzusetzen. Über die technischen Einzelheiten der Erfindung kann nicht viel gesagt werden, da der Erfinder sie vorläufig nicht preisgeben will; es wird jedoch mit großer Sicherheit behauptet, daß Herr Angus' Katastrophenverhüter nicht bloß gegen menschliche Dummheit ankämpfe, sondern auch jede „Sabotage“ vereite. Ein auf der Fahrt befindlicher Zug wird automatisch vorn und hinten geschützt. Sobald der Schienenweg nicht frei ist, tritt der Apparat von selbst in Funktion. Zuerst läßt sich als Warnung für den Lokomotivführer ein dumpfes Pfeifen hören; diesem dumpfen Pfeifen folgt hundert Meter weiter ein klägliches, schrilles Pfeifen, und im selben Augenblick sind die Bremsen gesperrt, so daß der Zug nicht weiter fahren kann. Der Lokomotivführer kann machen, was er will, er bekommt sie nicht wieder locker. Leute, die als Zweifler gekommen waren, um den ersten Versuch des Erfinders beizuwohnen, sind angeblich geradezu begeistert zurückgekehrt. In den nächsten Tagen will Angus einen endgültigen Versuch machen, und dann seine sensationelle Erfindung der Öffentlichkeit übergeben; er hat zu diesem Schlußexperiment alle Direktoren der englischen Eisenbahngesellschaften und die hervorragenden Ingenieure des Landes eingeladen. Es sollen zwei Lokomotiven gegeneinander losgelassen werden, und der Erfinder will sie, während sie sich in voller Fahrt befinden, sozusagen mit einem Knack zum Stehen bringen.

Drei Personen an Fleischvergiftung gestorben. In Wellerheim bei Trier ist gestern eine ganze Familie nach dem Genuß von verdorbenem Schinken schwer erkrankt. Drei von den Erkrankten sind bereits gestorben.

Der erfolgreiche Hungerstreik der Suffragetten. Sonnabend wurden die letzten im Gefängnis sitzenden Suffragetten, die im März wegen Zerstörung von Fenstern zu sechs Monaten verurteilt worden waren, entlassen. Alle erzwangen ihre Freilassung durch den Hungerstreik, nachdem sie eine Zeitlang gewaltsam gefüttert worden waren.

Eindbruch in das Londoner Kriminalgericht. Am Freitag wurde in dem Kriminalgerichtsgebäude in London, das als „Old Bailey“ bekannt ist, von Einbrechern ein Beluch abgefastet und aus der Kasse des Hausmeisters 800 Mk. geraubt, womit dieser die Angestellten bezahlen sollte. Dieser Eindbruch in das alte Gerichtsgebäude, von dem aus Tausende von Einbrechern in die Buchhäuser wanderten, erscheint um so spärlicher, als das Fenster, durch das die Verbrecher in das Innere gelangten, hell erleuchtet, von drei Straßen aus sichtbar ist und sich gegenüber einer Polizeistation befindet. In dem Gerichtsgebäude waren zur Zeit des Eindbruchs drei Nachtwächter im Dienste.

Erfolge in der Krebsbehandlung. In der letzten Sitzung des naturhistorischen Vereins in Heidelberg machte Professor Werner, Assistent der Anstalt Czerny, Mitteilung über eine von ihm in den letzten Jahren versuchte Behandlungsmethode des Krebses. Wie dem „Vol.-Anz.“ berichtet wird, hat Werner Cholindösungen den an Krebs Erkrankten eingespritzt, um dadurch eine Rückbildung der Geschwülste zu erreichen. Es hat sich die Tatsache ergeben, daß das Cholin, dem Organismus einverleibt, fast vollkommen die Wirkung einer Bestrahlung erzeugt. Die bisher erzielten Erfolge sollen zu einem mutigen Fortschreiten auf der neuen Bahn berechtigen.

Dreifacher Justizmord. Im Jahre 1907 wurde der Bahnhofsbesitzer des Städtischen Kriegervereins (Gouvernement Minik), Jurawitsch, als er in Begleitung von zwei Bureaudienern 100 Rubel an die städtische Kasse abführen wollte, von einigen mit Flinten bewaffneten Soldaten überfallen und samt seinen beiden Begleitern ermordet und beraubt. Unter dem Verdacht der Täterschaft wurden vier Soldaten des 159. Gurkeregiments: Senko, Gudko, Waschnowez und Bobamskij verhaftet und dem Kriegesgericht überwiesen. Dem Senko gelang es, auf dem Wege zum Gericht zu entkommen, und sich über die Grenze zu flüchten. Die andern drei wurden, obwohl sie bis zum letzten Augenblick ihre Schuldlosigkeit behaupteten, zum Tode verurteilt und hingerichtet. Gegen Ende des vorigen Jahres kehrte Senko nach Rußland zurück. Er wurde verhaftet und vor das Kriegesgericht gestellt. Die neue Untersuchung ergab, daß weder er noch seine drei Kameraden an dem Überfall beteiligt gewesen sein konnten. Er wurde freigesprochen.

Überflutung einer ostbaltischen Stadt. Aus Riga-Udinsk (Gouvernement Jekuzsk) wird gemeldet: Infolge anhaltender Regengüsse hat der Fluß Uda-Nijuna den niedriggelegenen Teil der Stadt überflutet. Das Wasser steht viereinhalb Meter hoch, die Brücken sind fortgerissen, die Bevölkerung hat sich auf die

Dächer geflüchtet. Mehrere Einwohner sind umgekommen.

Wieder eine Eisenbahnkatastrophe in Nordamerika. Die Zahl der Eisenbahnkatastrophen in den Vereinigten Staaten nimmt in erschreckendem Maße zu. Dem furchtbaren Unglück bei Corning ist am Freitag ein neues Unglück im südlichen Pennsylvania gefolgt, dem wieder eine große Anzahl von Menschenleben zum Opfer gefallen ist. Bei Latrobe, einer kleinen Station in Südpennsylvania, stieß ein mit Ausflüglern dicht besetzter Personenzug auf der Eisenbahnbrücke über den Latroberafluß in vollem Tempo mit einem Güterzug zusammen. Die Folgen des Anpralls waren furchtbar. Die Mehrzahl der Wagenabteile des Personenzuges wurden total zertrümmert. Ein Wagon stürzte über die Brücke in den Fluß. 21 Tote und 30 zum größten Teil lebensgefährlich Verletzte wurden aus den ineinander geschachtelten Waggons mit großer Mühe hervorgezogen. Die Leichen waren größtenteils verstimmt. Die meisten Verwundeten haben Knochenbrüche und furchtbare Quetschungen davongetragen. In einem Abteil, in dem etwa 15 Passagiere sich befanden, waren sämtliche Insassen getötet.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Die kleine Petersgrube.

Es hat den Anschein, als ob die Bewohner der kleinen Petersgrube keine Steuern zahlten. Die Straße sieht nämlich der Straße eines ungarischen Zigeunerdorfes sehr ähnlich; Papierfetzen, Lumpen, Pferdemit liegen in Massen herum. So sieht die Straße am Sonntag aus, von den Werktagen garnicht zu reden. Hier wäre dringend mehr Reinlichkeit am Plage.

Schiffsnachrichten.

D. „Anneliese“ ist Sonnabend abend 8 1/2 Uhr von Pillau nach Lübeck abgegangen.
D. „Fris“ ging gestern morgen von Wasa und D. „Constanzia“ am gleichen Tage von Uleaborg nach hier ab.
D. „Rugland“ ist Sonnabend abend in Petersburg angekommen.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 6. Juli.

Bauern-Butter Pfd. 1,20—1,25 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,30—1,35 Mk., Käse —, — Mk., Enten 3,00—4,00 Mk., Hühner 2,00—3,00 Mk., Küken Stück 1,20—1,50 Mk., Tauben Stück 55—65 Pf., Gänse — Pfd., — Mk., Ferkeln — Mk., Schinken Pfd. 1,00—1,10 Mk., Schweinshopf Pfd. 55—65 Pf., Wurst Pfd. 1,30—1,50, Tier Stk. 7—8 Pfg., Feringe — Pfg., Dorsche genüg., Süßwasserfische genüg., Karpfen Pfd. — Mk., Bräuch. Lachs Pfd. 1—2 Mk., Schleie 1,30—1,40 Mk., Brachsen —, — Pf., Hechte Pfd. — Pf., Barsche Pfd. 60 Pfg., Hai Pfd. 0,70—1,00 Mk., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genüg., Blumenkohl der Kopf 20—40 Pf., Kohl 100 Pfd. —, — Mk., Gurken 100 Pfd. —, — Mk., Zwiebeln, hiesige Pfd. —, — Mk., Kefel, verschiedene pr. 100 Pfd. —, — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. 1,00 Mk., Mand Pfd. —, — Pfg., Steinbutt, lebende Pfd. 60 Pfg., Spargel 1. Sorte 00—00 Pf., 2. Sorte 00 Pf., 3. Sorte 00—00 Pf.

Getreidepreise.

Lübeck, 6. Juli.

Weizen, 128—134 Pfd. holl. —, —, — Mk., Roggen 120—125 Pfd., holl. 195—198 Mk., Gerste, nach Qualität 205—215 Mk., Hafer, nach Qualität, 202—206 Mk. alter —, — Mk., hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 6. Juli.

Auftrieb 2169 Schweine. Markt rege geräumt. Überfland — Stück.
Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebststehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 70,— bis 71,— (56,— bis 57,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., —, — bis 70,— (—, — bis 56,— Mk.) Mittelmare, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 70,00 bis 71,— (54,50 bis 55,50 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 70,— bis 71,— (54,50 bis 55,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 64,— bis 69,— (48,00 bis 52,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 65,— bis 67,00 (52,00 bis 53,50) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 60,00 bis 64,00 (47,00 bis 50,00) Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: T. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

Komitee- und Kommissionsangelegenheiten
D. M. V.
Abrechnung vom Anstieg (Kücknitz) (1917) am Dienstag, dem 9. Juli 1912 abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 38—32.
Fremd. möbliertes Zimmer
Königsplatz 1—2 junge Leute zu verm. (1918) Baitenhofstr. 35, II.
Es ist auch für die beiden Monatsgehälter gleich welcher Art. Angebote unter R. G. an die Expedition des Bl. (1849)
Es ist oder später eine kleine Kuchentisch-Boothung für einzelne Leute zu vermieten. Preis 140 Mk. (1849) Sandstraße 87, I.

Sozialdemokratischer Verein
Am Freitag verstarb unser langjähriger Genosse
Christian Lütke
Geboren: 9. März 1847.
Die Beerdigung findet Dienstag vormittag 10 1/2 Uhr auf dem Burgfriedhof statt. Die Mitglieder sammeln sich um 10 Uhr in „Lützenburg“ (1849).
Der Vorstand:
Geht zu 1. Oktober eine Zweizimmerwohnung in der Engelsgrube oder in deren Nähe im Preise bis 180 Mk. Angebote unter L. M. an die Exped. des Blattes. (1845)
Verloren ein Fortemonnaie mit Schlüssel und 145 Mark. Gegen hohe Belohnung abzugeben (1845) Johannisstr. 66, Hinterh. 2.
Unterhalteneres Fahrrad 35 Mk., fast neuer Renner 60 Mk., Damenrad 65 Mk., alle 3 m. Lagerschraub. Max Schmitt, Reichenberger K.

Ausgestümmtes Haar wird gekauft
Damen-Frisier-Salon, Breite Straße 51. (1232)
Mitteilung.
1880 Um Irrtümer zu vermeiden teile ich mit, daß sich meine Brot-Niederlage nicht Werberstraße 23, sondern Kraimstraße 31a, part., befindet. Hochachtungsvoll Fr. Schander.
Franck & Faasch Schwartau.
1840 Wir empfehlen Infant und billigste sämtliche Futterstoffe, Kunstdünger etc.
Unter Fuhrmann Behncke liefert die Ware frei Haus, derselbe nimmt täglich Aufträge gern entgegen.

Friedr. Beuch 1834 Tischlermeister wohnt jetzt St. Johannis 22.
Vereinigte Butterhändler von Lübeck und Umgeg.
Allerfeinste Meiereibutter kostet Pfd. 1.35 Mk. (1659)
Rechnungs-Formulare werden hergestellt in der
Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten:

Goldene und silb. Uhren 269 gut und billig. L. S. Baruch, Pfandleihgeschäft, Maidienstr. 35.
Transportarbeiter Stockelsdorf und Umgegend.
Mitglieder-Versammlung am Mittwoch, dem 10. Juli abends 8 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Pactan in Fackenburg.
Tages-Ordnung:
1. Bericht vom Verbandstag in Breslau.
2. Innere Verbandsangelegenheiten Zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwartet.
Der Vorstand. 1844)